

GEW

EuWiS

März 2018

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

ÖKONOMIE
& BILDUNG



BILDUNG. WEITER DENKEN!



Thema: Ökonomie & Bildung

Editorial 03

Thema: Ökonomie & Bildung 04

- 04 Die Privatisierung des Bildungswesens ist ein Irrweg
- 07 Brauchen wir ein Fach Wirtschaft in der Schule?
- 08 Lobbyismus an Schulen
Zusammenfassung und Betrachtung der aktuellen Broschüre von Lobby Control

Jugendhilfe 10

- 10 Arbeitsbelastung im Bereich KITA
Ergebnisse der Umfrage | Teil 1

Berufliche Bildung & Weiterbildung 13

- 13 Berufliche Bildung im digitalen Zeitalter

Schule 15

- 15 Welche Berufsausbildungen sind durch akademische Bildungsangebote gefährdet?
Studie der Bertelsmann Stiftung 10/2017

Schule 17

- 17 Aussonderung statt Inklusion
Die Beschlüsse von CDU-Landtagsfraktion und Landesvorstand der CDU Saar

Gewerkschaft 18

- 18 Equal Pay Day - auch ein Thema an Schulen
Die JA13-Kampagne der GEW zeigt Erfolge
- 19 Anders ausbilden - anders arbeiten - anders wirtschaften?
Bundesweite Fortbildung vom 2. - 4. Mai
- 19 Einladung zum 19. MaiMeeting
- 20 Umbrüche in der Arbeitswelt - Kommt die Psyche noch hinterher?
GEW-Personalrätekonferenz

Bücher & Medien 21

- 21 Unberechenbar
Warum das Leben so komplex ist, um es perfekt zu planen
- 22 Übergänge vom allgemeinbildenden ins berufsbildende System
DDS - Die Deutsche Schule | 04/2017
- 22 Kurz empfohlen...
 - Unterrichtsbesuche nachbesprechen
 - Spiele zum Deutsch lernen in der Kita
 - Bild und Text im Unterricht - Produktiv mit Bild-Text-Symbiosen umgehen

Geburtstage & Jubiläen 23

- 23 März 2018
- 23 Schlusswort



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
 Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
 Telefon: 0681 / 66830-0,
 Telefax: 0681 / 66830-17
 E-Mail: info@gew-saarland.de
 Internet: http://www.gew-saarland.de

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,
 Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
 Tel.: 0681 / 66830-13,
 E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
 Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
 Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez Haselberger, Tel.: 0681 / 66830-14
 E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Torazzina
 Tel.: 0170 / 9655772
 E-Mail: susannetorazzina@t-online.de

Redaktionsschluss

05.03.2018
 (April-Ausgabe)

06.04.2018
 (Mai-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
 Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
 Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
 Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
 info@gew-saarland.de

Satz, Gestaltung
 Bärbel Detzen
 b.detzen@gew-saarland.de

Druck
 COD Büroservice GmbH
 Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
 Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Redaktion
 Helmut Bieg,
 Thomas Bock,
 Dr. Judith Frankhäuser,
 Anna Haßdenteufel,
 Matthias Römer (verantwortl.),
 Helmut Stoll

Bildnachweis
 u.a. fotolia.de, privat
 Titelfoto
 fotolia.de/©magele-picture

Anzeigenverwaltung
 Andreas Sánchez Haselberger
 a.sanchez@gew-saarland.de

Namentlich gerechnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Einfluss der Wirtschaft reicht weit. Dass Teile der Wirtschaft mitunter Schaden an Leib und Leben in Kauf nehmen, um die selbstgesteckten Umsatzziele nicht zu gefährden, können wir u.a. in der Diskussion um die Autoindustrie, Dieselfahrzeuge und deren Emissionen verfolgen.

Auch Bildung ist ein lukrativer Markt, den die Wirtschaft nicht alleine dem Staat überlassen will. So beobachten wir in den letzten Jahren zwei Tendenzen, die uns nachdenklich stimmen sollten. Zum einen eine immer stärkere Fokussierung auf alternative, fremdfinanzierte und somit auch fremdbestimmte Bildungsangebote. Hierzu zählen nicht nur Privatschulen in allen Facetten, sondern z. B.

auch Stiftungsprofessuren, wie die Diskussion um 20 Lehrstühle zeigt, die der Lidl-Gründer Schwarz der TU München zukommen lässt. Zum anderen aber auch eine Unterordnung staatlicher Bildungsangebote unter wirtschaftliche Interessen, angefangen beim Ruf nach einer kürzeren Schulzeit über die Frage nach den zu unterrichtenden Inhalten in Primar- und Sekundarstufe bis hin zur Diskussion, die berufliche Bildung im Bundesland Schleswig-Holstein dem dortigen Wirtschaftsministerium zuzuschlagen.

Wirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil unserer Lebenswelt und sicherlich müssen auch wirtschaftliche Inhalte Teil der Schule und des Unterrichts sein, jedoch ist die darwinistische Ausprägung wirtschaftlicher Vorgänge nicht immer vereinbar mit dem Bildungsauftrag und der pädagogischen Ausrichtung von Bildungsprozessen. Eine Ausgabe der EuWiS reicht nicht aus, um die Thematik umfassend zu beleuchten. Wir haben in drei Artikeln Schlaglichter des Themas ‚Ökonomie und Bildung‘ zusammengetragen, um die eine oder andere Diskussion anzuregen und zum Weiterdenken zu animieren.

Darüber hinaus findet sich in dieser Ausgabe der erste Teil der Auswertung unserer Umfrage zur Belastung von Beschäftigten in Kitas im Saarland. Der erste Eindruck zeigt, dass in diesem Arbeitsbereich ein großer Handlungsbedarf besteht. Weiterhin wurden zwei Studien von uns zusammengefasst und aufgearbeitet, um Impulse für die bildungspolitische Debatte zu liefern. Dabei mag vor allem die Frage der Gefährdung klassischer Berufsausbildungen durch akademische Angebote in unserer Gewerkschaft zwiespältig aufgenommen werden, plädiert doch die GEW auch in vielen Bereichen für eine weitreichende Akademisierung. Dankenswerterweise hat Helmut Stoll den neuesten bildungspolitischen Vorstoß der CDU für uns zusammengefasst, der einen Eindruck darüber vermittelt, wie eine Post-AKK-Ära bildungspolitisch aussehen kann. ■

Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen

Matthias Römer

ANZEIGE



VERSICHERUNGSSCHUTZ
 BIS 67 MÖGLICH!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort:

Geschäftsstelle Saarbrücken
 Ralf Brem, ralf.brem@HUK-COBURG.de

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
 Berufsunfähigkeitsversicherung

2% Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Die Privatisierung des Bildungswesens ist ein Irrweg



Wissenschaftler haben Bildungssysteme untersucht und festgestellt: Länder, die die Ziele der neoliberalen Bildungsreform übernommen und der Privatisierung Tür und Tor geöffnet haben, haben ihre Leistungsergebnisse verschlechtert und soziale Segregation und Ungleichheit vergrößert. Das sollte der deutschen Bildungspolitik eine Warnung vor falschen bildungsökonomischen Versprechungen sein.

In der englischsprachigen Buchveröffentlichung unter dem Titel „Global Education Reform“ (2016) präsentiert eine internationale Wissenschaftlergruppe die Ergebnisse ihrer vergleichenden Fallstudien über Finnland und Schweden, Chile und Kuba, Kanada und USA. Die Autoren legen die theoretischen Wurzeln der neoliberalen Bildungsreform frei, die von dem US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman in den 1970er und 1980er Jahren intensiv verbreitet wurde. Von Friedman stammt die Idee der Bildungsgutscheine. Er behauptete, dass sie zur Verwirklichung des Bürgerrechts auf Bildung beitragen, weil damit nicht die Bildungsinstitutio-

nen, sondern eigenverantwortliche Individuen staatlich gefördert würden.

Der „Bazillus“ der globalen neoliberalen Bildungsreform

Die neoliberale Agenda postuliert die Überlegenheit der Privatisierung mit ihrem marktgängigen, deregulierten Bildungsmodell gegenüber staatlich verantworteter und kontrollierter Bildung. Mit der Privatisierung des Bildungswesens soll ein produktiver, „gesunder“ Wettbewerb entstehen, der Leistungsverbesserungen und Effizienzsteigerung ermöglicht. Ergänzt um eine an Markt- und Managementstrategien orientierte Verwaltungsreform sollen die „Blockaden“ der etatistisch-bürokratischen Steuerung aufgebrochen werden.

Mit internationalen Leistungsuntersuchungen wie die PISA-Studien hat die OECD einen globalen Austausch und Wettbewerb von Bildungspolitikern in Gang gesetzt, die für die Verbreitung und Übertragung des neoliberalen „Bazillus“ sorgen, so die Autoren. Nach

ihrer Darstellung sind inzwischen die Bildungssysteme in den meisten Ländern von diesem „Bazillus“ infiziert. In den USA machen Konzerne unvorstellbare Gewinne mit Testprogrammen und privaten „charter schools“ und drängen auch auf europäische Märkte. Die Weltbank sorgt mit ihrer Kreditpolitik dafür, dass auch ärmere Länder zentrale Bereiche ihrer Daseinsvorsorge wie die Bildung privatisieren müssen.

Kernelemente des Wettbewerbsmodells

Deregulierung, freie Schulwahl, Bildungsgutscheine, standardisierte Testverfahren und daran geknüpfte Sanktionen gehören zum Kernbestand der konsequenten Privatisierungsstrategie.

Die Basis für das neoliberale Wettbewerbsmodell ist die freie Wahl zwischen Schulen in privater und öffentlicher Trägerschaft. Private Schulen werden komplett staatlich finanziert, sind aber befreit von den „Zwängen“ staatlicher Regulierung. Die staatliche Finanzierung folgt den individuellen Wahlentscheidungen für die präferierten Einrichtungen und wird über Bildungsgutscheine der „Bildungskonsumenten“ eingelöst.

Um die Institutionen in ihrer Leistungsfähigkeit messen und miteinander vergleichen zu können, werden sie an festgesetzten Leistungsstandards gemessen. Die Evaluation erfolgt testbasiert und extern. Werden Mindeststandards nicht eingehalten, können weitreichende Sanktionsmöglichkeiten von der Entlassung des Lehrpersonals bis zur Schulschließung zum Zuge kommen.

Mit der Veröffentlichung der Testergebnisse sollen die Abnehmer befähigt werden, die richtige Einrichtung auszusuchen. Für die am Bildungsmarkt konkurrierenden Bildungseinrichtungen sollen so Anreize zur Qualitätssteigerung geschaffen werden.

Negative Wirkungen

Die Forscher arbeiten in ihren Fallstudien heraus, dass dieses Modell der Vorstellung von ganzheitlich orientierter Bildung widerspricht und individuelle Förderung sowie eigenverantwortliches und anspruchsvolles Lernen be- bzw. verhindert. Die wettbewerbli-

che Standardisierung verengt das Curriculum in seiner inhaltlichen Breite und reduziert Komplexität auf eindeutig Messbares. Der Erwerb sozialer, kreativer und demokratischer Kompetenzen tritt hinter die bildungsökonomische Anpassung an extern vorgegebene Ziele in den „Kernfächern“ zurück.

Die pädagogische und fachliche Arbeit der Lehrkräfte wird deprofessionalisiert, da sie in ein System eingespannt sind, das „teaching to the test“ geradezu verlangt. Externe Leistungsüberprüfungen werden zum Gegenstand von Überprüfung des Personals. Dies verführt Schulen und Lehrkräfte zum Betrug und zur Fälschung von Tests, wie die Forscher am Beispiel US-amerikanischer Verhältnisse aufzeigen.

Das öffentliche Schulwesen wird durch Privatschulen untergraben. Sie verstehen es, sich mit ihren Auswahlverfahren unliebsame Schülerinnen und Schüler „vom Leibe zu halten“, um sich damit Vorteile bei Leistungstests zu verschaffen und eine sozial besser gestellte Klientel an sich zu binden. Die Konkurrenz von öffentlichen und privaten Bildungsangeboten führt keineswegs zur Verbesserung der Schülerleistungen, wohl aber vergrößert sie soziale Ungleichheit und vertieft soziale Spaltung. Die einzigen Gewinner sind Unternehmen, die durch Einsparungen beim Personal und bei der Ausstattung beträchtliche Profite für sich erwirtschaften.

Schweden: vom demokratischen Schulmodell zum Marktmodell

„Eine Schule zu leiten und Kühlschränke zu verkaufen, das ist ein und dasselbe. Man muss in beiden Fällen das Ohr am Markt haben und verstehen, wo die Bedürfnisse der Konsumenten, der Schüler sind.“ Die Autoren der Studie charakterisieren mit diesem Zitat eines Betreibers von kommerziellen schwedischen Privatschulen den Wandel, der sich im schwedischen Schulsystem vollzogen hat. Der Bruch mit der sozialen und demokratischen Schultradition wurde von der liberal-konservativen Regierung in den 1990er Jahren eingeleitet, als sich die Finanznöte der öffentlichen Haushalte auch in Schweden spürbar bemerkbar machten.

Während in den 1950er Jahren der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die private Schulen mit einem religiösen oder pädagogischen Profil besuchten, nur 1 Prozent betrug, besuchten 2010 mehr als 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 1-9 der schwedischen Gesamtschule und fast 50 Prozent in der Sekundarstufe II im Jahr Schulen privater Anbieter. Statistiken weisen aus, dass inzwischen ein Viertel des schwedi-

schen Schulsystems in privater Hand ist. Insbesondere die kommerziellen Schulfirmen unter den privaten Betreibern haben ihren Markt strategisch in den größeren Städten ausgeweitet und machen beträchtliche Gewinne.

Enormer Leistungsabfall

Die Fallstudie zu Schweden stellt den damit einhergehenden Leistungsverfall heraus. Bei PISA 2000 konnte Schweden noch einen Platz in der Spitzengruppe der Länder einnehmen. Bei PISA 2012 zeigte sich dagegen ein scharfer Leistungseinbruch in allen Kompetenzbereichen. Der OECD Report bescheinigt Schweden eine signifikante Zunahme von Schülerinnen und Schülern ohne Grundkompetenzen und die Halbierung der leistungsstarken Spitzenschülerschaft in Mathematik innerhalb einer Dekade. Zudem konstatiert die Fallstudie, dass die Wahlfreiheit sozial selektiv wirkt und zu einer Zunahme von Segregation und Ungleichheit führt.

Eine inflationäre Verteilung guter Schulnoten in einer Zeit, wo schwedischen Schülerinnen und Schülern ein deutlicher Leistungsabfall in internationalen Leistungsstudien bescheinigt wird, weist aus Sicht der Wissenschaftler auf den negativen Wettbewerbsdruck hin, dem die schwedische Lehrerschaft ausgesetzt ist.

Finnland: immun gegen den „Bazillus“

In Finnland ist der Bildungsbereich nicht dem Wettbewerb ausgeliefert worden, sondern in gesamtstaatlicher Kontrolle und Verantwortung geblieben. Es gibt nur 75 Privatschulen unter staatlicher Aufsicht.

Die Leitgedanken der finnischen Bildungspolitik sind, wie die Autoren betonen, Chancengleichheit und die bestmögliche Förderung aller Kinder in einer gemeinsamen Schule. Diese Einstellung hat sich seit der Einführung der flächendeckenden Gesamtschule bis heute um keinen Deut verschoben. Die Spitzenresultate in internationalen Vergleichsstudien beweisen, dass dies dem finnischen Bildungssystem gut bekommt.

Politik und Gesellschaft haben Vertrauen in ihre Schulen und in ihre Lehrerinnen und Lehrer. Lehrerbildung ist eines der wichtigsten Felder und entsprechend wird darin staatlich investiert. Nur die Besten werden zum Studium zugelassen und müssen nicht nur gute Noten, sondern ihre persönliche Eignung für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nachweisen.

Zusammenarbeit und Kultur des Vertrauens statt Wettbewerb

Anstelle des Wettbewerbs zwischen Schulen wird ihre Zusammenarbeit gefördert. Statt des standardisierten Lernens stehen die individuellen Lernbedürfnisse im Vordergrund und Kinder mit Förderbedarf werden besonders unterstützt. Anstelle von flächendeckenden testbasierten Leistungsüberprüfungen gibt es lediglich einzelne Stichproben, um Stärken und Schwächen des Systems zu identifizieren und es zu verbessern.

Dass ausgerechnet Finnland mit seiner kritischen Einstellung zu PISA zum PISA-Helden geworden ist, empfinden die Wissenschaftler als besondere Ironie. Ein besseres Bollwerk gegen eventuelle Ansteckungsgefahren durch den „Bazillus“ als die exzellenten PISA-Ergebnisse ist aus ihrer Sicht kaum vorstellbar.

Das deutsche Privatschulsystem

In Deutschland können private Ersatzschulen in sog. freier Trägerschaft in Verantwortung von kirchlichen Organisationen, Sozialwerken, Vereinen und Personengesellschaften zu vergleichbaren Schulabschlüssen wie entsprechende Schulen in öffentlicher Trägerschaft führen. Dafür müssen sie bestimmte Auflagen für Genehmigung und Anerkennung durch das jeweilige Bundesland erfüllen. Sie finanzieren sich aus staatlichen Zuschüssen, Eigenanteilen und auch aus Elternbeiträgen, die je nach Träger stark differieren.

Elternbeiträge sollten zwar nach dem Grundgesetz so bemessen sein, dass „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“. Berechtigte Zweifel an der Verfassungskonformität sind jedoch angebracht, wenn z.B. wie in Berlin das monatliche Schulgeld für Privatschulen auf der allergünstigsten Stufe bei 200 Euro beginnt und Befreiungen für Geringverdiener gar nicht vorgesehen sind.

Problematische Entwicklungstendenzen

Der nationale Bildungsbericht (2016) stellt einen kontinuierlichen Anstieg der Privatschulen fest. Für den allgemeinbildenden Bereich konstatiert er seit 2004 eine Erhöhung um 33 %. 11% des Schulangebots wird inzwischen von privaten Trägern gestellt. In den dünnbesiedelten ländlichen Gebieten Ostdeutschlands übernehmen kleine private Schulen inzwischen eine „Substitutionsfunktion“ für öffentliche Schulen, die wegen der demografischen Entwicklung auslaufen. Kritisch wird im Bildungsbericht auch ihre sozial selektive Funktion herausgestellt und angemerkt, dass die Schülerschaft an Privatschulen insbesondere in Großstädten aus sozioökono-

misch günstigeren Verhältnissen als an öffentlichen Schulen stammt.

Das Unternehmen über ihre Stiftungen schleichend in Schulgründungen einsteigen, ist inzwischen auch beobachtbar. Allerdings können profitorientierte Bildungskonzerne selbst (noch) keine eigenen Schulen gründen, dafür staatliche Vollfinanzierung kassieren und saftige Gewinne machen wie z. B. in den USA, Schweden und Chile. Das Geschäft mit der Bildung machen hierzulande kommerzielle Nachhilfeeinstitute mit Umsätzen im Milliardenbereich, wie die Hans-Böckler-Stiftung in einer aktuellen Studie festgestellt hat.

Zunahme des wettbewerblichen Drucks

Das kann sich aber jederzeit ändern, weil kommerzielle Bildungsanbieter Druck machen und staatliche Finanznöte gerne nutzen, um sich mit ihren angeblich günstigeren und besseren Angeboten ins Spiel zu bringen. Auch die FDP in NRW hat in ihrem Wahlprogramm die Einführung von Bildungsgutscheinen in Verbindung mit der freien Schulwahl vorgesehen.

Von wissenschaftlicher Seite unterstützt Prof. Ludger Wößmann, Leiter des ifo-Zen-

trums für Bildungsökonomie und Professor für Volkswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München diese Absicht. Er hat 2016 im Auftrag der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ eine Expertise mit dem Titel „Ein wettbewerblicher Entwurf für das deutsche Schulsystem“ vorgelegt.

Wößmanns Expertise bildet die neoliberale Bildungsagenda in ihren wesentlichen Grundzügen ab. Er begründet ihre Umsetzung mit Leistungssteigerung und größerer Chancengleichheit für benachteiligte Kinder. Letztere soll erbracht werden durch die vollständige finanzielle Gleichstellung der Privatschulen, die ihrerseits auf Schulgeld und die Auswahl der Schülerschaft nach sozialer Herkunft verzichten.

Dass dieses Versprechen „heiße Luft“ ist, weil freie Schulwahl sozial selektiv wirkt, hat auch die Studie von Thomas Groos über die Auswirkungen der freien Grundschulwahl in NRW im Rahmen des NRW-Projekts „Kein Kind zurücklassen“ gezeigt. Danach machen nachweislich Eltern mit niedrigem Sozialstatus deutlich weniger Gebrauch von der Wahlmöglichkeit, während mit steigendem Sozialstatus das Bedürfnis steigt, sozial benachteiligte Grundschulen zu meiden.

Die Grundgesetzänderung als „Hintertür“ für mehr Bildungsprivatisierung?

Aktuell plant die Bundesregierung noch vor der Sommerpause eine Verfassungsänderung. Diese soll dem Bund mehr Entscheidungsbefugnisse beim Bau und Betrieb von Infrastruktur wie Autobahnen, aber auch Schulen geben. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sollen in diesem Zusammenhang erleichtert werden. Die Sorge, dass damit die Bildung in den bildungsökonomischen Griff von Konzernen gerät, die nicht nur die Gebäude bereitstellen, sondern auch die Schulen betreiben wollen, ist berechtigt. ■



Dr. Brigitte Schumann
ifenicia@aol.com

Literatur:
Adamson, Frank/ Astrand, Björn/ Darling-Hammond, Linda (ed.): Global Education Reform. How privatization and public investment influence education outcomes. New York and London 2016

Foto: fotolia.de/@kasto

Brauchen wir ein Fach ‚Wirtschaft‘ in der Schule?

Die christlich-liberale Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat die Einführung eines Faches ‚Wirtschaft‘ an allgemeinbildenden Schulen schon kurz nach der Regierungsübernahme angekündigt. In Baden-Württemberg ist das Fach nach heftigen Kontroversen bereits etabliert worden. In anderen Bundesländern gibt es ähnliche Fächer, teils unter anderen Namen oder versteckte wirtschaftskundliche Elemente in Kombinationsfächern. Die Diskussion, ob es eines Faches ‚Wirtschaft‘ bedarf, ist damit noch nicht am Ende, sondern wird in den Medien und im Fachpublikum weiterhin kontrovers geführt.

Wichtig im Disput um die Notwendigkeit eines eigenen Faches Wirtschaft ist es, die Motivation verschiedener Interessensgruppen zu untersuchen, aber auch die geforderten Inhalte einer kritischen Prüfung zu unterziehen und sich im gesamtgesellschaftlichen Kontext der Frage zu stellen, ob und von wem ein solches Fach eigentlich gebraucht wird und wer es braucht. Darüber hinaus darf die Signalwirkung eines Aufbrechens des Fächerkanons nicht unterschätzt werden. Diese Öffnung könnte für weitere Interessensgruppen Anlass bieten, eine ähnliche Verankerung im schulischen Kontext zu fordern und zu erhalten.

Auch im Saarland ist die Diskussion über das Fach Wirtschaft geführt worden, leider auf der inhaltlichen Ebene bei Weitem nicht so lebhaft wie in den beiden oben genannten Ländern. Das in der Gemeinschaftsschule fast von der kritischen Öffentlichkeit unbemerkt neu etablierte Fach ‚Beruf & Wirtschaft‘ führt die Ökonomie sogar im Namen. Der Lehrplan führt in seinem Vorwort aus: „Das Fach ‚Beruf und Wirtschaft‘ bildet darüber hinaus auch die Basis für eine ökonomische Grundbildung, welche die Schülerinnen und Schüler zu wirtschaftlichem Handeln und unternehmerischem Tun anleitet. Der verantwortungsvolle Umgang mit eigenem und fremdem Geld sowie die Verwirklichung eigener Ziele und Wünsche stehen hierbei im Mittelpunkt. Es werden wichtige Kompetenzen zu den Themenbereichen Konsum, Nachhaltigkeit und Verbraucherbildung erworben. Zentral für das Fach ist hierbei weniger der Bezug zur Wirtschaftswissenschaft als der handlungsorientierende Ansatz eines mehrperspektivischen Unterrichtsverständnisses.“

Auch wenn der Lehrplan des neuen Faches



im Saarland sich in vielen Teilen Mühe gibt, als ein Beitrag zur Lebensertüchtigung zu erscheinen, schimmert an der einen oder anderen Stelle doch hervor, dass der grundlegende Tenor ein Verstehen des bestehenden Systems herbeiführen will und weniger eine kritische Auseinandersetzung. So zielen z. B. Teilbereiche wie ‚unternehmerisches Handeln nachvollziehen‘ oder auch ‚erläutern, wie Marketing das eigene Leben beeinflusst‘ in eine Richtung, die wirtschaftliches Handeln und die (negativen) Folgen des Handelns der jetzigen Form eher als unveränderbare Größe begreift. Da nutzen auch die Hinweise zur Partizipation oder zum Verbraucherschutz nur bedingt. Kritische Auseinandersetzung mit Sachverhalten benötigt normalerweise andere Operatoren.

Befürworter des Lehrplans werden entgegen, dass die kritische Betrachtung unseres wirtschaftlichen Systems und dessen Akteure 7. bis 10.-Klässler vor zu große Anforderungen stellen könnte. Andererseits ist das Nachvollziehen unternehmerischen Handelns – sobald es mehr als nur oberflächlich ist – ebenfalls ein Anspruch, der von maximal 16-jährigen nur schwer eingelöst werden kann.

Andere Bereiche wiederum, wie die Analyse und Beurteilung von Geldanlagen oder Krediten mögen in Bezug auf eine adäquate

Lebensvorbereitung sinnvoll erscheinen. Sie stellen aber in den Klassenstufen 7 bis 10 schon aufgrund der mathematisch komplexen Situation eine Hürde dar, deren Umsetzung im Sinne des Lehrplans mit Schülerinnen und Schülern an der Gemeinschaftsschule eher zu einem Trugbild solcher Abläufe führt als zur Erhellung, geschweige denn zu einem Verständnis von Geldgeschäften.

Unterschiedliche Argumente werden im Zusammenhang mit einem Fach Wirtschaft immer wieder in der Debatte genannt: Zum einen die Angst, dass ein solches Fach der Wirtschafts-Lobby einen ungehinderten Zugang zu den Klassenzimmern öffnen würde; diese Befürchtung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, überbieten sich doch Verbände, Gruppierungen und Lobby-Organisationen gegenseitig bei der Produktion ‚direkt einsetzbarer‘ (und somit nicht kritisch reflektierter) Unterrichtsmaterialien für verschiedene Fächer. In vielen Bereichen ist zu beobachten, dass Lobbyverbände in die Schulen drängen und mithilfe eigens erdachter Projekte bzw. eigener Unterorganisationen, die Material und Hilfe anbieten, eigene Ziele in den Schulen zu platzieren. Gerade der Bereich Wirtschaft ist anfällig hierfür (ähnlich anfällig übrigens wie der Bereich Politik), versucht er doch zu suggerieren, dass er authentische und echte Lebenshilfe leisten kann. Wie die Wirt-

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ **Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich**
- ✓ **Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar**
- ✓ **Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen**

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de



Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **GEW**

Eine Marke der AXA Gruppe **AXA**



schaft starken Einfluss auf Inhalte nimmt, kann im Saarland bereits beobachtet werden. Das Procedere der Etablierung des Minicomputers Calliope hat bereits Lobby Control auf den Schirm gerufen, da neben der Programmierkunst von Grundschulern auch andere Motivationslagen erkennbar werden (<https://www.lobbycontrol.de/2017/11/edle-spender-oder-subtile-manipulatoren-lobbyismus-an-schulen-und-der-fall-des-mini-computers-calliope-mini/>). Bemerkenswert hierbei ist ebenfalls, dass im Bereich der Digitalisierung ebenso der Einfluss verschiedener Lobbygruppen mittlerweile von der Bildungspolitik stillschweigend und intransparent akzeptiert wird.

Kritiker drängen außerdem darauf, dass es zu einem Fach Wirtschaft auch eigens ausgebildeter Lehrer_innen bedarf. Eine solche Ausbildung existiert nur in einigen Bundesländern. Aus diesem Grund schreibt die Süddeutsche Zeitung am 6. November 2015: „Wer soll das Fach eigentlich unterrichten?“ Im Moment wird das Fach eher nebenher unterrichtet und angesichts der Befunde über das wirtschaftliche Wissen in der Bevölkerung (und mithin auch bei den Lehrkräften) ist zu befürchten, dass ein fragwürdiges Bild über Wirtschaft vermittelt wird.

Viel schwerer wiegt aber der Einwand, ein Fach Wirtschaft vermittele lediglich Partikularwissen und vermag es nicht, isoliert von

Politik bzw. Sozialwissenschaften eine Einordnung wirtschaftlicher Zusammenhänge in die gesamtgesellschaftliche Diskussion zu leisten. Der Soziologe Tim Engartner schreibt in der taz vom 27. August 2017 unter dem Titel ‚Wirtschaft? Setzen, Sechs!‘: „Diese Forderungen [nach einem eigenständigen Fach Wirtschaft] verkennen, dass mit der Aufspaltung sozialwissenschaftlicher Integrationsfächer in die Fächer Politik und Wirtschaft eine reine Akteurs-, Prozess- und Institutionenkunde droht, den Schülerinnen und Schülern mithin ein unvollständiges Bild vermittelt wird. Überdies läuft ein Fach Wirtschaft Gefahr, zu einer Mathematisierung der formalen Mikroökonomie oder einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten Berufsausbildung zu verkommen“ und weiter: „Nur im interdisziplinären Kontext kann ökonomische Bildung befördert und ökonomistische Verbildung vermieden werden.“

Damit trifft Engartner den Nerv der Debatte: Ein Fach, das seine Existenzberechtigung vor allem aus der Lebensertüchtigung zieht, muss interdisziplinär angelegt sein und bedarf einer Behandlung im Querschnitt aller Fächer. Dieses Argument trifft im Prinzip auch auf eine Reihe weiterer Versuche zu, solche Fächer, wie ‚Gesundheit‘, ‚Glück‘ oder ähnliches zu etablieren. Es stellt sich angesichts der vermeintlichen Wichtigkeit anderer interdisziplinärer Fächer die Frage, wieso gerade

Wirtschaft in den Rang eines Schulfaches erhoben wurde und ein Fach ‚Gesundheit‘ bisher nicht etabliert werden konnte.

Ein schaler Nachgeschmack bleibt, zumal die berufliche Orientierung in vielen Lehr- und Bildungsplänen nunmehr auch diesem Fach zugeschlagen werden und man sich zurecht fragen kann, ob die berufliche Orientierung nur in der Wirtschaft zu suchen ist oder aber ob auch soziale, künstlerische oder naturwissenschaftliche Perspektiven eine Rolle spielen sollte.

Die Etablierung des Faches folgt einer Tendenz, auch bisher nicht ökonomisch durchdrungene Lebensbereiche zu ökonomisieren, so wie es u. a. auch mit dem Gesundheitswesen in den letzten Jahren geschehen ist. Man darf das nicht unkritisch und unkomentiert hinnehmen. ■



Matthias Römer

Foto: pixelio.de/Thorben Wengert

Lobbyismus an Schulen

Zusammenfassung und Betrachtung der aktuellen Broschüre von Lobby Control

Lobbyismus an Schulen nimmt zu. Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung ist dies natürlich eine Binsenweisheit, doch die Initiative Lobby Control untermauert dies nicht nur mit Zahlen, sondern gibt auch manigfacher Beispiele dafür, wie stark ausgeprägt die Einflussnahme von Lobbygruppen im Schulalltag mittlerweile ist. So hält die Organisation bereits zu Beginn der Broschüre fest, dass "in Deutschland nur 12,5 Prozent der 15-jährigen eine Schule besuchen, an der Wirtschaft und Industrie keinen Einfluss auf die Lehrinhalte ausüben. Im OECD-Durchschnitt sind es 36,3 Prozent."

Andersherum gesagt, werden also fast 90% der 15-jährigen deutschen Schüler_innen in irgendeiner Form beeinflusst. Die Vielfältigkeit der Einflussnahme hört gemäß Lobby

Control dabei nicht etwa bei Vertretern bestimmter Interessengruppen auf, sondern funktioniert noch viel subtiler und durchdringt jeden Bereich schulischen Arbeitens. Neben den bereits genannten "Experten", die Unternehmen bevorzugt an Schulen schicken, um gezielt für ihre Interessen Stimmung zu machen und die enorm relevante Zielgruppe der Jugendlichen zu erreichen, gibt es auch immer mehr kostenlose, in ihrer Präsentation sehr ansprechende Lehr- und Lernmaterialien. Hier nutzen Lobbyisten die Leerstellen, die der Staat zunehmend durch seinen (finanziellen) Rückzug aus dem Bildungsbereich hinterlässt: Interessengruppen organisieren neben Materialien auch Wettbewerbe und Spiele, bieten Fortbildungen für Lehrkräfte an, unterstützen massiv die Forderung nach neuen Fächern (siehe hierzu den Artikel von

Matthias Römer in dieser Ausgabe), verfolgen sogenannte "Schulkooperationen" mit privaten Partnern und Vieles mehr, dabei meist eher am eigenen denn am pädagogisch-didaktischen Wohl orientiert.

Professionalisierung der Akteure

Wenngleich kein neues Phänomen, so kann spätestens seit dem sogenannten "PISA-Schock" im Jahre 2000 eine Professionalisierung der Lobbygruppen beobachtet werden, bot dieser doch im Rahmen der allgemein ausbrechenden unreflektierten Hysterie um den vermeintlichen Untergang des deutschen Bildungswesens ein willkommenes Einfallstor, die eigene Agenda in den Unterricht einfließen zu lassen. Unternehmen, Unternehmensverbände, Marketing-Agenturen, Dienstleister

CHECKLISTE – LOBBYISMUS IM SCHULALLTAG ERKENNEN UND VERHINDERN

- Wer steckt hinter dem Angebot?
- Wer finanziert das Angebot? Wenn nicht sichtbar, nachfragen!
- Welche Interessen und Ziele verfolgt der Anbieter bzw. die Finanziere?
- Spiegeln sich die Interessen und Ziele des Anbieters im Inhalt des Angebots wider?
- Gibt es andere Angebote die ich auch in Anspruch nehmen könnte?
- Welche Abhängigkeiten gehe ich mit dem Angebot ein? Werde ich oder die Schule bei zukünftigen Entscheidungen beeinflusst?
- Im Zweifelsfall KollegInnen oder andere Eltern um Einschätzung bitten und die Nutzung mit der Schulleitung klären.
- Als SchülerInnen und Eltern bei fragwürdigen Angeboten LehrerInnen oder Schulleitung ansprechen.
- Manipulative Angebote nutzen, um Lobbyismus an Schulen zu thematisieren.
- Besonders auffällige Materialien an LobbyControl schicken.

und Stiftungen arbeiten hierbei kongenial zusammen, um Einzelinteressen zu verfolgen. Werbung für bestimmte Inhalte wird so gestaltet und verpackt, dass sie am eigentlich geltenden Werbeverbot vorbei platziert werden kann, sei dies durch Kooperation von bestimmten Partnern (z.B. Schulbuchverlagen und Autobauern) oder der Veröffentlichung eigener Studien zur Bildung. Hier tut sich die häufig im Bericht genannte "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) hervor, eine Lobbygruppe des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, die in ihrem "Bildungsmonitor" beispielsweise einseitig fordert, Studiengebühren einzuführen und Bildungsstandards und Vergleichsarbeiten zu forcieren.

Hervorhebung von Mängeln

Um einen Fuß in die Tür zu kriegen, werden von den Akteuren häufig Mängel hervorgehoben, wie beispielsweise das Fehlen guter Materialien, einer notwendige Professionalisierung der Lehrkräfte in bestimmten Bereichen oder Wissenslücken der Schüler_innen, z.B. beim schon angesprochenen Fach Wirtschaft. Damit wird der Blick verengt auf einzelne Aspekte, die dann besonders hervorgehoben und in den Mittelpunkt eines vermeintlich öffentlichen Interesses gestellt werden – wo es in Wirklichkeit nur um Lobbyinteressen geht. Dies kann auch durch vermeintlich "sinnvolle" Themen geschehen wie eine zunehmende Verschuldung von Schüler_innen, ein Problem, das der Versicherungskon-

zern Allianz nutzt, um Werbung für das Engagement der Berater von "My Finance Coach" zu machen. Im Bereich des Problemfeldes "Digitalisierung" bieten Google und die Deutsche Telekom-Stiftung ihre Dienste an. Auch im Saarland gab es unlängst den Fall der Verbreitung des vermeintlich kostenlosen Mini-Computers "Calliope" an Grundschulen – ein Marketing-Coup von Google.

Sinn und Zweck

Schüler_innen sowie deren Familien sind natürlich eine der werberelevantesten Zielgruppen überhaupt und können in ihrem täglichen "Arbeitsumfeld" so gut und umfassend erreicht werden wie sonst nirgends. Lobbygruppen liefern hier gezielt Anreize und können durch die leicht zu beeinflussenden Jugendlichen politische, gesellschaftliche und inhaltliche Akzente in ihrem Sinne setzen. Die Schule dient somit der Image- und Kontaktpflege, einer Werbung durch Sponsoring sowie der Rekrutierung von Nachwuchs für das eigene Unternehmen.

Gefahren

Es liegt auf der Hand, dass millionenschwere politisch-wirtschaftliche Akteure für ein enormes Ungleichgewicht der Meinungen sorgen können und werden – durch gezielte Einflussnahme mächtiger Lobbygruppen gerät die pluralistische Gesellschaft immer mehr in eine Schiefelage zugunsten großer Interessen-

verbände. Dadurch steigen Intransparenz und Manipulationsmöglichkeiten weiter an, die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern wird gefördert und en passant werden Schulaufgaben privatisiert.

Fazit

Das Ziel sollte daher gemäß Lobby Control sein, diesen Auswüchsen Einhalt zu gebieten. Die Organisation geht soweit, als Ziel zu postulieren, "Lobbyismus und Meinungsmachen aus dem Klassenzimmer zu drängen", was freilich nur gelingen kann, wenn alle Akteure (Lehrkräfte, Schüler_innen, Politik) zusammenarbeiten. Unterm Strich wird deutlich, dass Deutschland schon weit fortgeschritten darin ist, sein Schulwesen ideell ‚outgesourced‘ zu haben und den Wissenserwerb seiner Kinder in die Hände einflussreicher Konzerne und Lobbygruppen gelegt zu haben.

Eines steht jedoch ebenso fest: Lobbyisten haben immer nur den Erfolg, den das Individuum ihnen zugesteht. Insofern ist jeder einzelne von uns der "Torwächter". Nehmen wir diese Aufgabe wahr. ■



Helmut Bieg

Die Broschüre und weitere Informationen sind unter <https://www.lobbycontrol.de/produkt/lobbyismus-an-schulen-broschuere/> bzw. <https://www.lobbycontrol.de> verfügbar.

GEW
Bildung ist ein Menschenrecht.

Arbeitsbelastung im Bereich KITA

Ergebnisse der Umfrage | Teil 1

Zur Erinnerung

In der EuWiS-Ausgabe Juli/August 2017 – haben wir unter der Rubrik Jugendhilfe in einem Artikel die Frage aufgeworfen: **Wie wollen wir in Zukunft arbeiten?** Darüber hinaus haben wir die Kolleg_innen um ihre Beteiligung an einer Umfrage mit dem Thema: **„Wie steht es um die Arbeitsbedingungen und -belastungen von Mitarbeiter_innen in Kinder-tageseinrichtungen?“** gebeten. Die Umfrage ist mittlerweile beendet und ausgewertet und wir wollen euch im Folgenden die Ergebnisse präsentieren.

Erst einmal bedanken wir uns für die zahlreiche Teilnahme und die Zeit, die ihr euch dafür genommen habt.

Es ging uns darum, aufzuzeigen, wie sehr die Arbeitsbedingungen und -belastungen in Kindertageseinrichtungen, gerade in Zeiten des Fachkräftemangels, einen dringenden Handlungsbedarf von Seiten der Arbeitgeber und der Politik erfordern. Es gibt verschiedene Studien, die aufzeigen, was im Berufsfeld der pädagogischen Fachkräfte im Argen liegt. Die neuesten hatten wir in unserem o.g. Artikel aufgeführt.

Natürlich fragen manche von euch nach dem Nutzen dieser ganzen Studien und Umfragen, denn es ändert sich ja zunächst einmal wenig bis nichts an der alltäglichen Arbeitsbelastung. Jedoch belegen Studien und Umfragen mit konkreten Zahlen und in schriftlicher Form das, was wir tagtäglich erleben und leisten müssen. Sie machen auf die Bedingungen und Belastungen des pädagogischen

schen Fachpersonals aufmerksam. Aus den Schilderungen von Mitgliedern geht immer wieder hervor, dass nur „sie“ das so erleben. Doch wie wir hier erfahren können, ist das nicht so. Nicht die oder der Einzelne erlebt diese Belastungsfaktoren, die krank machen – und nicht die oder der Einzelne soll deshalb „anders“ damit umgehen. Sie sind der Beleg dafür, wie dringend notwendig grundsätzliche Veränderungen hinsichtlich der Rahmenbedingungen und der Arbeitsbelastungen der Kolleg_innen sind.

Wir wollten mit unserer Umfrage einen Überblick darüber gewinnen, wie es den pädagogischen Fachkräften im Bereich Kita im Saarland aktuell geht. Das sollte insbesondere unter folgenden Gesichtspunkten gesehen werden:

- Was belastet die Fachkräfte an den Arbeitsplätzen konkret?
- Was muss sich ändern, um die Arbeit der Erzieher_innen spürbar zu erleichtern?

Die Ergebnisse dieser Umfrage sollen das Fundament unserer Argumentation gegenüber den Arbeitgebern und Politikern bilden: so sieht es in unserem Land aus. Es ist wichtig, dass sie die Notwendigkeit der Veränderungen erkennen und umsetzen. Viele von euch haben sich bedankt dafür, dass ihre persönliche Meinung gefragt war und damit eine Rolle in dieser Diskussion spielt. Uns ging es bei der Umfrage darum: Ihr seid vor Ort, ihr wisst um eure Arbeitssituation und die Belastungsfaktoren. Eure Vorschläge und Gedanken wollen wir weitertragen an die Verantwortlichen im Saarland.



Die Ergebnisse der Umfrage – Teil 1 – die geschlossenen Fragen:

Die Teilnehmer_innen: Es haben insgesamt 501 Personen an unserer Umfrage teilgenommen.

Frage 1:

Hier wurde nach der Einrichtung der Umfrageteilnehmer gefragt: 14,6 % kommen aus dem Bereich U3, 16,8 % aus dem Bereich Ü3 und 68,6 % aus der altersgemischten Kita.

Frage 2:

Mit 77,5 % steht der Punkt „Personalausfälle“ als Belastungsfaktor an absoluter Spitze! D.h. mehr als Dreiviertel der Kolleg_innen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, sehen die Belastungssituation durch Personalausfälle als Stressfaktor Nummer eins! Auf diesen Punkt müssen wir gemeinsam alle Beteiligten aus der Politik und die Arbeitgeber nochmals aufmerksam machen. **Wir brauchen mehr Fachkräfte mit guter Ausbildung!** Wenn man sich das Diagramm mit den Belastungsfak-

toren ansieht, fällt auf, dass mit 53,6 % an zweiter Stelle die **Personalknappheit** genannt wird. Dieser Belastungsfaktor zieht sich dann durch den ganzen Arbeitsalltag mit all seinen Facetten. Auf Platz drei der genannten Faktoren stehen mit 47,2 % die zusätzlichen Aufgaben, die die Mitarbeiter_innen sehr stark belasten. Wen wundert das? Bei gleichem veralte-

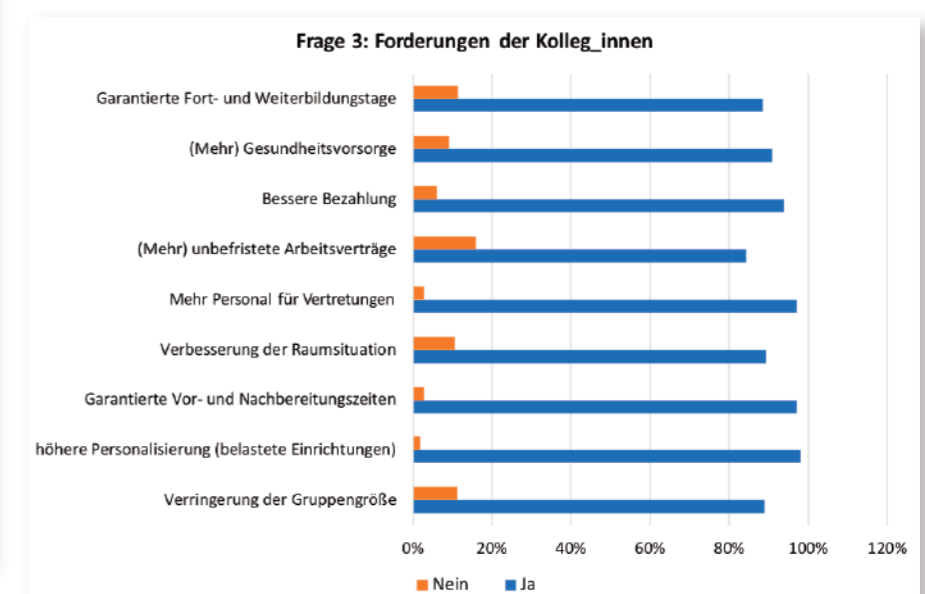
tem Personalschlüssel: immer mehr **Zusatzaufgaben**. Arbeitsverdichtung und kein Ende in Sicht! Außerdem bewerten 42,4 % der Teilnehmer_innen an unserer Umfrage die Beeinträchtigung durch die **Gruppengröße** als sehr gravierend. Durch die Größe der Gruppen ist die Möglichkeit der Kolleg_innen, jedes einzelne Kind individuell zu fördern sehr schwierig!

Nun zu Frage 3:

und damit zu den Forderungen unser Kolleg_innen im Saarland: 98,2 % der Kolleg_innen, die an unserer Umfrage teilgenommen haben, fordern eine **bessere Personalisierung**, insbesondere in sogenannten „Brennpunkt-Kitas“. Das überrascht in Anbetracht der angespannten Personallage nicht.

der Kolleg_innen nach **mehr Personal für Vertretungen** mit 97,2 %. Hier kommt der Forderung nach der Anrechnung der mittelbaren pädagogischen Zeit in den Personalschlüssel in gesetzlicher Form eine hohe Bedeutung zu (Stichwort: bundesweites Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz). **Eine bessere Bezahlung** und **mehr Gesundheitsvorsorge** durch den Träger fordern 93,8 % bzw. 90,9 % der Befragten. Dies sind Zahlen, die für sich sprechen.

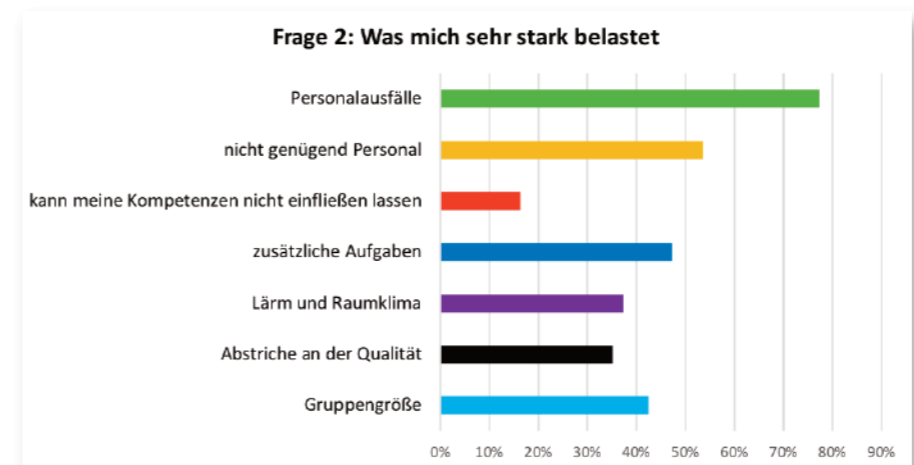
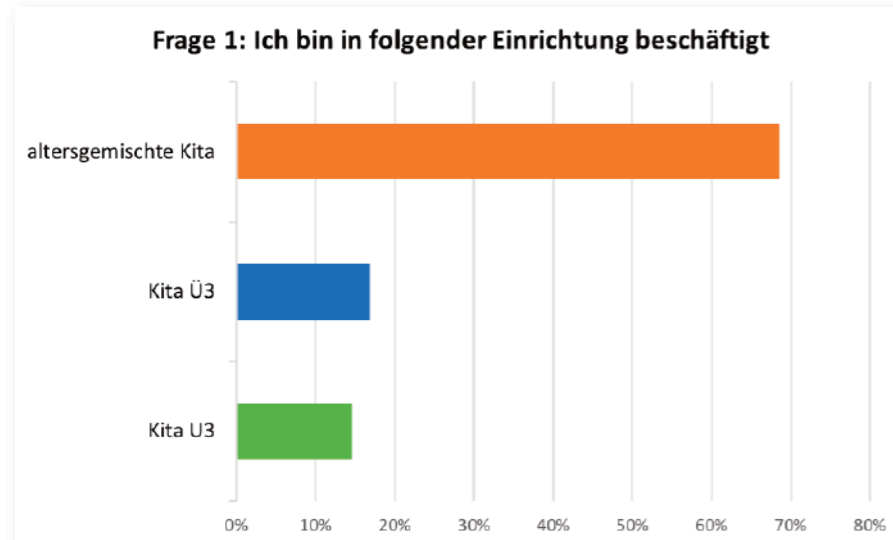
Verbesserungen im Lärmschutz, Schaffung von Pausenräumen für die Mitarbeiter_innen und weitere **Verbesserungen des Arbeitsumfeldes** fordern zudem fast 90 % der Umfrageteilnehmer_innen. So vereinzelt kann dieses Problem also im Saarland nicht sein.



Gleichauf mit 97,2 % liegen die Forderungen nach **garantierter Vor- und Nachbereitungszeit**. Für eine gute Qualität in der pädagogischen Arbeit benötigen wir ausreichende und garantierte Zeiten und nicht spontan, wenn gerade Mal ein paar Minuten Zeit möglich sind. Und konsequent folgt die Forderung

Unser Berufsstand gilt von jeher als weiterbildungsinteressiert und engagiert. Die Umfrage zeigt jedoch, dass viele pädagogische Fachkräfte immer weniger an solchen Veranstaltungen teilnehmen können. Gründe dafür gibt es viele: Personalknappheit, fehlende Finanzierung usw. Das spiegelt sich deutlich in der Forderung wider, die 88,5 % der Umfrageteilnehmer_innen nennen und zeigt doch, dass sich hier etwas zum Negativen verändert hat. Die pädagogischen Fachkräfte waren und sind immer interessiert daran gewesen, sich fortzubilden und diese neu erlangten Kompetenzen in ihre Arbeit einfließen zu lassen. **Die Weiterbildung sollte daher garantiert und vom Arbeitgeber finanziert werden!**

Die Verringerung der Gruppengröße, die von 88,9 % der Teilnehmer_innen an unserer Umfrage als Forderung genannt wurde, zeigt die Dringlichkeit der Situation in den Kitas, nicht nur punktuell. Zudem sprechen sich



84,2 % der Kolleg_innen für **mehr unbefristete Verträge** aus. In Zeiten des akuten Fachkräftemangels sollte das eigentlich jedem Arbeitgeber klar sein.

Frage 4:

Im Ergebnis zeigt sich hier im Schwerpunkt der Antworten die Tendenz zu mittelmäßig, 47,6 % bis eher schlecht, 28,4 % und sehr schlecht 7,1 % – das sind zusammengefasst 83,1 %!

ihre Situation und Meinung zu schildern. Es gilt dicke Bretter zu bohren – nicht nur im Saarland, sondern auch auf Bundesebene. **Das Stichwort hierzu lautet: Bundesweites Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz.** Je öfter wir auf diese Situation hinweisen, desto eher werden wir gehört!

Es ist wichtig und notwendig, auf die zum Teil sehr schlechten Arbeitsbedingungen hinzuweisen **und um Verbesserungen zu kämpfen.** Es gilt gemeinsam für eine Veränderung

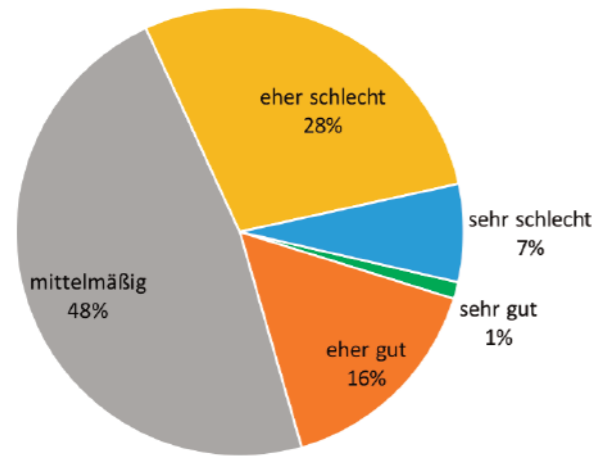
die Rahmenbedingungen dafür aber nicht ausreichend gegeben. **Das Wohl der Kinder und der Erhalt unserer Arbeitskraft sind unser Anliegen.**

Wir werden die Ergebnisse und eure Meinungen nun herantragen an die Verantwortlichen in den Ministerien und Parteien. Wir wollen eine Transparenz schaffen hinsichtlich der geschilderten Situationen im Bereich Kita im Saarland um gemeinsam Veränderungen anzuregen! **Wir halten euch auf dem Laufenden!** In der nächsten Ausgabe folgt die Auswertung der offenen Fragen (freie Texteingabe), die wir aus Datenschutzgründen zu prägnanten, neutralen Kernaussagen zusammenfassen werden. ■



Christel Pohl
Erzieherin,
Geschäftsführender
Vorstand (Bereich
Jugendhilfe und
Sozialarbeit)

Frage 4: Allgemein bewerte ich meine Arbeitsbedingungen als...

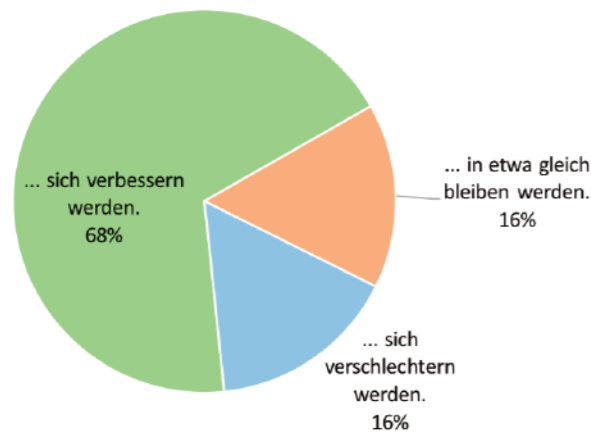


Frage 5:

Und hier zeigt sich folgendes: Die Hoffnungen der Kolleg_innen ist dennoch groß, dass sich etwas verbessert, 68,4 % der Teilnehmer_innen äußerten sich entsprechend. Und dafür wollen wir uns einsetzen.

der Arbeitsbedingungen der pädagogischen Fachkräfte, auch über den Arbeitsbereich Kita hinaus, z.B. **im sozialpädagogischen Bereich der Ganztagschulen, der Schulsozialarbeit und der Jugendhilfe,** einzutreten. Und eines soll nicht vergessen werden: Wir pädagogi-

Frage 5: Ich erwarte, dass meine Arbeitsbedingungen in Zukunft ...



Unser Fazit nach dieser Umfrage

Wir bedanken uns nochmals bei allen Kolleg_innen, die sich die Zeit genommen haben, an unserer Umfrage teilzunehmen und

schen Fachkräfte arbeiten mit Kindern, denen wir Zeit, Zuwendung und individuelle Lern- und Fördermöglichkeiten bieten wollen. Die Kompetenzen dafür sind bei uns vorhanden –

DIE BILDUNGSGEWERKSCHAFT EMPFIEHLT:

AKTIV WERDEN GEGEN NAZIS



Berufliche Bildung im digitalen Zeitalter

Die Ergebnisse des 2016 veröffentlichten „Monitor Digitale Bildung“ der Bertelsmann-Stiftung zeigen, dass digitale Bildung im dualen Ausbildungssystem in Deutschland noch am Anfang steht. Auch wenn Auszubildende, Berufsschullehrer_innen und Ausbildungsleiter_innen die Bedeutung neuer Lerntechnologien hoch einstufen – sowohl mit Blick auf ihre didaktischen Potenziale als auch für die Zukunftsfähigkeit der eigenen Einrichtungen und Unternehmen – präge das digitale Lernen bei Weitem noch nicht den Alltag in den Berufsschulen, überbetrieblichen Einrichtungen und Ausbildungsbetrieben. Viele Ansätze scheiterten leider schon an der notwendigen WLAN-Infrastruktur. Dadurch, so warnen die Autoren der Studie, würden wir viel Potenzial für mehr Chancengerechtigkeit in der dualen Berufsausbildung vergeben. Denn Lernen mit neuen Medien schaffe Flexibilität und einen erleichterten Zugang zu beruflicher Qualifizierung – insbesondere für benachteiligte Zielgruppen, die sich im traditionellen Bildungssystem schwer tun. Digitales Lernen biete nun erstmals die realistische Chance, Auszubildende genau dort abzuholen, wo sie stehen – und dorthin zu begleiten, wo sie hinmöchten. Es sei eine attraktive Option, potenzielle Auszubildende anzusprechen und sie individualisiert zu qualifizieren. Dies gelte ganz besonders für Ausbildungsberufe, die unter Nachwuchsmangel leiden, eine heterogene Bewerberlage verzeichnen oder zunehmend komplexe und dezentrale Arbeitsabläufe zu bewältigen haben.

Digitale Lerntechnologien erlauben auch eine engere und gleichzeitig flexiblere Kooperation zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb. Sie schaffen neue Möglichkeiten, um Theorie- und Praxisphasen zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb zu verzahnen.

Ergebnisse der Studie auf einen Blick

1. Verhaltene Modernisierung statt breite Innovation

Ausbildende_innen und Berufsschullehrer_innen haben einen eher nüchternen und pragmatischen Blick auf das digitale Lernen. Der Einsatz digitaler Lernmedien im Ausbildungssystem folgt vorrangig „alten“ didaktischen und methodischen Konzepten. Die Potenziale des digitalen Lernens kommen dadurch noch kaum zur Geltung.



2. Teilhabechancen für benachteiligte Gruppen bleiben noch ungenutzt

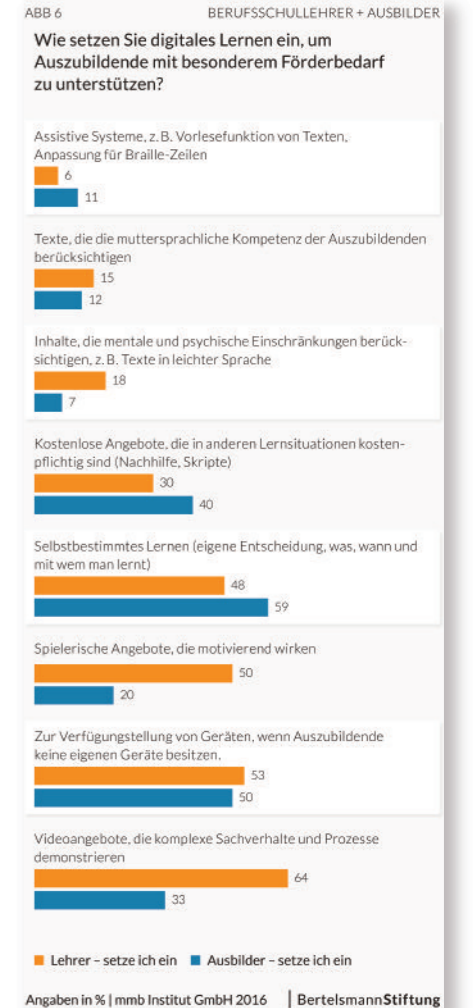
Insbesondere jüngere, männliche Auszubildende mit einem niedrigen Schulabschluss lassen sich durch digitales Lernen gut motivieren. Internetrecherchen, Lernspiele, Apps und das Erstellen eigener Inhalte sind für diese Zielgruppe attraktiv. Weder in der Berufsschule noch in den Ausbildungsbetrieben werden diese Chancen für mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit aber gezielt ergriffen.

3. Innovation scheitert an mangelnden Kompetenzen und Ressourcen

Wer digitales Lernen einsetzt, braucht entsprechende Kompetenzen und muss diese auch entwickeln. Berufsschullehrer_innen beklagen sowohl zeitliche als auch finanzielle Hürden beim Einsatz im Unterricht. Außerdem fehlen Orientierungshilfen, um die vielfältigen Möglichkeiten des digitalen Lernens kennenzulernen und zu erproben.

4. Auszubildende und erfahrene Lehrkräfte treiben Veränderungen voran

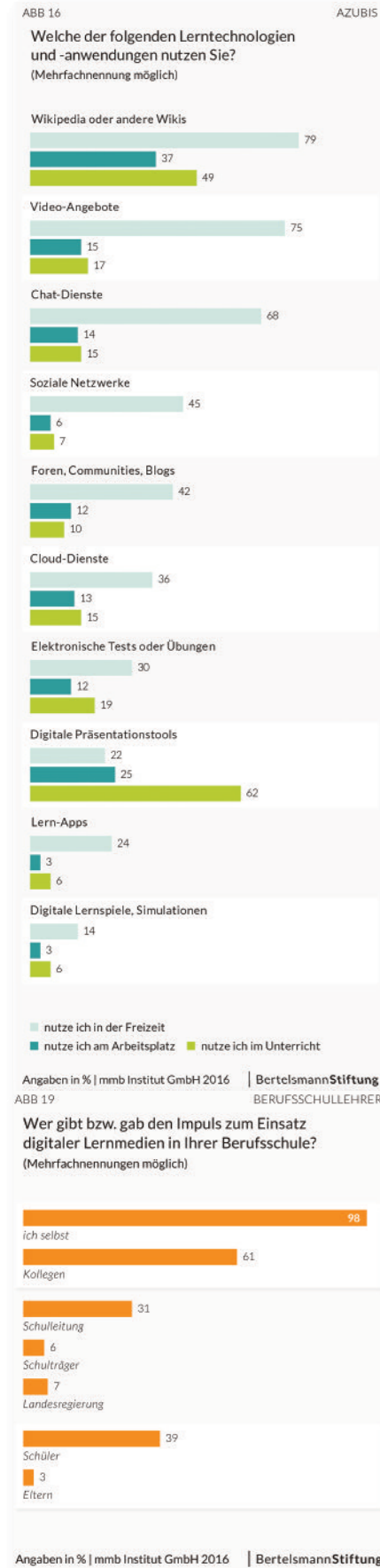
Auszubildende sind dem Einsatz digitaler Lernmedien gegenüber generell aufgeschloss-



5. Imagefaktor oft wichtiger als strategische Schul- und Unterrichtsentwicklung

Digitales Lernen wird von vielen Berufsschulen als wichtiger Imagefaktor gesehen. Es fehlen Regelungen zur Anrechnung meines Aufwands. / Mein Tagesgeschäft erlaubt mir keine tiefere Beschäftigung mit digitalem Lernen.

Stellung	stimme ich voll und ganz zu (%)	stimme ich eher zu (%)
Berufsschullehrer	32	29
Berufsschulleiter	33	30



Die strategische Bedeutung für die Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie die Verzahnung von Ausbildungsinhalten zwischen Schule und Betrieb erkennen Berufsschulleiter noch kaum.

6. Technische Infrastruktur: WLAN noch immer unzureichend

An vielen Berufsschulen sind Whiteboards und PCs vorhanden. Wenn es um den Einsatz von Smartphones und Tablets geht, kommen überwiegend Schülergeräte zum Einsatz. In Ausbildungsbetrieben ist die Ausstattung mit entsprechenden Geräten generell schlechter. Alarmierend: Die überwiegende Mehrheit der Berufsschullehrer_innen hat für den Unterricht kein oder nur unzureichendes WLAN zur Verfügung. So können weder mitgebrachte noch vorhandene Geräte sinnvoll eingesetzt werden.

Folgerungen: Was ist jetzt zu tun?

Natürlich, so räumen die Autoren ein, sei digitales Lernen kein Selbstzweck, sondern müsse immer sinnvoll in den jeweiligen didaktischen Kontext der Lernsituation eingebunden werden. Der „Monitor Digitale Bildung“ der Bertelsmann Stiftung zeigt auf, wie das für den Bereich Ausbildung gelingen kann. Dazu brauche es insbesondere



mehr anwendungsorientierte Forschung, die das Potenzial digitalen Lernens für Teilhabe und Chancengerechtigkeit in konkrete didaktische Settings übersetzt und deren Reichweite und Wirkungsweise überprüft,

eine digitale Qualifizierungsoffensive, die Lehrkräften und Ausbilder_innen im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung systematisch die notwendigen Kompetenzen vermittelt,

strategisch durchdachte Schulentwicklungskonzepte, die die Eigenheiten einer jeweiligen Schule bzw. ihrer Schülerschaft berücksichtigen und dabei die Potenziale digitalen Lernens in den Blick nehmen, sowie

eine zuverlässige WLAN-Ausstattung als notwendige Grundlage für den Erfolg solcher pädagogischen Innovationen.



Thomas Bock

Die gesamte Studie ist zugänglich unter: www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/monitor-digitale-bildung/

Welche Berufsausbildungen sind durch akademische Bildungsangebote gefährdet?

Indikatoren für eine Verschiebung von der Berufsausbildung in akademische Studienangebote | (Studie der Bertelsmann Stiftung vom Oktober 2017)

„Kein Bachelor für Fleischer“, lautete vor einiger Zeit die Überschrift eines Beitrags in der FAZ zum Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung. So absurd das erscheint, wird doch immer wieder darauf hingewiesen, dass beruflich Gebildete Gefahr laufen, von Akademikern von ihren Positionen verdrängt zu werden. Dabei werden die Stimmen immer lauter, die sich zunehmend um die Zukunftsfähigkeit der Berufsbildung sorgen und darauf aufmerksam machen, dass der Wirtschaft eher die beruflich qualifizierten Fachkräfte ausgehen werden als die Akademiker.

Auch vor dem Hintergrund, dass es, im Jahr 2013 erstmalig im deutschen Bildungssystem mehr Studienanfänger_innen an Hochschulen als neue Auszubildende in der Berufsausbildung gab, ermöglicht diese Studie eine differenzierte Betrachtung.

Ziel der vorliegenden Studie ist es den Überschneidungsbereich zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu untersuchen und damit einen Beitrag zu leisten in der oft voreingenommenen Debatte um die Konkurrenz zwischen beruflicher und akademischer Bildung.

dualen beruflichen Sektor u.a. als Fachkräftemangel bemerkbar macht. (Anmerkung: gemäß einer Erhebung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) aus dem Jahr 2016 liegt die Zahl der Studierenden aus Elternhäusern mit niedriger Bildungsherkunft bei gerade einmal 12 Prozent; im Jahr 1991 lag der Anteil bei 21 Prozent).

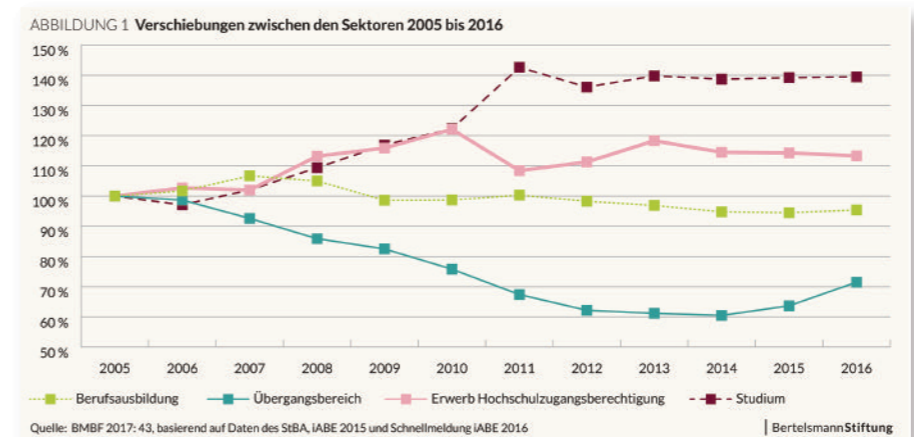
TABELLE 7 Reale Verteilung der ausbildungsinteressierten Schulabsolventen nach Ende der Schulzeit

Qualifizierungsweg	Basis 100%	Basis 19%
1 Schulische Berufsausbildung	15	2,9
2 Betriebliche Berufsausbildung	38	7,2
3 Beamtenausbildung	5	1,0
4 Berufsausbildung + Anschluss-Studium	22	3,3
5 FH-Studium/duales Studium	9	1,7
6 Universitätsstudium	7	1,3
7 Berufstätigkeit/Sonstiges	2	0,4

Lesehilfe: 19% der Schulabsolventen mit (bevorstehender) HZB planen vor Ende ihrer Schulzeit die Aufnahme einer Berufsausbildung. Ca. 80% (Zeilen 1–4) dieser 19% realisieren diese Absicht, dies sind ca. 15% der Schulabsolventen mit einer HZB. Dazu kommt eine (vergleichsweise niedrige) Zahl von Schulabsolventen mit HZB, die ihre Studienabsicht nicht realisieren und (zunächst) eine Berufsausbildung beginnen. Etwas mehr als die Hälfte der realisierten Einmündungen in eine Berufsausbildung erfolgt in eine betrieblich-duale Berufsausbildung.

Quelle: BIBB 2015 b; 109; eigene Berechnungen, Rundungsdifferenzen nicht geglättet | BertelsmannStiftung

Alle außerschulischen Ausbildungsgänge unterliegen einer enormen Veränderung (Industrie 4.0), was sich sowohl auf das System



Zusammenfassung

Eine zunehmende Zahl von Jugendlichen/Schülerinnen und Schülern verlässt heute die Schule mit einer universitären Zulassung – dabei bleibt es ihnen überlassen, ob sie ein Studium anstreben oder eine Berufsausbildung. Viele dieser Schülerinnen und Schüler wählen den universitären Weg – was sich im

selbst, als auch auf die Wahrnehmung, Haltung und Verhaltensweisen der jungen Leute bezieht. Die wachsende Zahl dualer Qualifizierungsprogramme, die theoretische mit praktischen Studien verbinden – und viele davon führen zusätzlich zu einer Berufsqualifikation – diese wachsende Zahl ist ein Indikator dafür, dass die bisherige Trennung

von akademischen und beruflichen Ausbildungsgängen mehr gemeinsamen Boden findet, als ursprünglich gedacht war. Die Verschiebung zwischen beiden Feldern bringt Folgen mit sich für das deutsche Bildungssystem und die Arbeitswelt. Es wird allgemein befürchtet, dass der Wettbewerb zwischen den akademischen und beruflichen Ausbildungsgängen eskalieren könnte – weitgehend auf Kosten der beruflichen Ausbildungsgänge.

Daraus folgen eine Menge Fragen:

- Wieviel Überlappung gibt es zwischen den beiden Ausbildungsbereichen?
- Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass berufliche Ausbildungsgänge in Zukunft durch ein Studium ersetzt werden könnten?
- Welche Hinweise dafür gibt es, dass beide Ausbildungsgänge miteinander im Wettstreit sind?
- Wie weit ist die Akademisierung beruflicher Ausbildungsgänge bereits fortgeschritten?
- Welche Berufsgruppen und Branchen unterliegen in besonderem Maße dem Risiko einer Akademisierung?

Die Autoren der vorliegenden Studie, Prof. Dr. Dieter Euler von der Universität St. Gallen und Prof. Dr. Eckart Severing von der Universität Erlangen-Nürnberg beantworten diese Fragen, indem sie beschreibende Daten zu der Verschiebung zwischen den beiden Ausbildungsfeldern präsentieren und interpretieren. Innerhalb dieses Rahmens offerieren die Autoren eine Einschätzung des Substitutionspotentials zwischen beruflichen und akademischen Ausbildungsgängen. Die Vorgabe beim Blick auf dieses Substitutionspotential lässt vermuten, dass spezielle berufliche Ausbildungsgänge potentiell von akademischen ersetzt werden könnten. Die Annahme ist, dass gegenwärtig dort eine hohe Überlappung existiert, wo heute viele Heranwachsende die notwendigen universitären Eingangsvoraussetzungen mitbringen (z.B. im Bereich von Banken, Versicherungen, der Tourismusbranche...).

Die Studie schließt daher alle beruflichen Beschäftigungen aus dem Jahre 2014 mit ein, bei denen der Prozentanteil von Leuten mit universitären Eingangsqualifikationen – und

wo mindestens 100 neue Arbeitsverträge unterzeichnet wurden – bei zumindest 25% liegt.

TABELLE 11 Übersicht der Berufe/Berufssegmente mit einem Anteil an Hochschulzugangsberechtigten >25 %

Beruf/Berufssegment	Neuzugänge insgesamt (2014)*	Anteil HZB (%)
Logopäde/-in	636	73,3
Sonderpädagoge/-in, Heilerziehungspfleger/-in - Rehabilitation	2.817	56,7
Notfallsanitäter/-in	1.665	54,0
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in	1.134	51,6
Physiotherapeut/-in, Masseur/-in, medizinische/-r Bademeister/-in	4.356	50,1
Medizinisch-technische/-r Assistent/-in	1.164	49,2
Heilpädagoge/-in	1.299	48,0
Ergotherapeut/-in	2.031	46,6
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	10.248	34,0
Pharmazeutisch-technische/-r Assistent/-in	1.749	33,1
Heilerziehungspfleger/-in	3.306	29,7

* Die Neuzugänge sind als Näherungswerte zu verstehen, da Werte aus einzelnen Bundesländern nur teilweise erfasst werden konnten (vgl. AGBB 2016: 287).
Quelle: AGBB 2016: 287, eigene Darstellung | BertelsmannStiftung

Auf diese Art wurden sechs Beschäftigungsgruppen identifiziert, auf die dann drei Qualitätskriterien angewendet werden, um so die aktuellen Akademisierungstendenzen zu bestimmen:

1. Besteht Wettbewerb zwischen universitären und beruflichen Ausbildungsgängen, die ei-

nen hohen Grad an Affinität zum Kern des Berufsbildes haben (curriculare Überschneidungen mit einer beruflichen Ausbildung)?

2. Gibt es ein quantitativ relevantes duales Studienangebot?

3. Existieren zusätzliche Indikatoren für eine zunehmende Akademisierung beruflicher Bereiche? Z.B. die firmeneigene Rekrutierungspraxis – letztlich also alle Formen von Assessments.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass nicht alle dieser sechs identifizierten beruflichen Bereiche dem hohen potentiellen Risiko unterliegen, verdrängt oder ersetzt zu werden.

Die Tendenz für kaufmännische- und Gesundheitsberufe akademisiert zu werden, ist im Wachstum begriffen. Für andere Berufsgruppen (z.B. die Bereiche Metall, Elektrik, IT & Kommunikation, Labor- und Medientechnik) wird die duale Ausbildung weiterhin der Königsweg bleiben.

Das zukünftige Verhalten von Schulabgängern, Rekrutierungsentscheidungen von Unternehmen und die Einführung neuer Zerti-

fizierter Kurse an den Hochschulen, spielen eine entscheidende Rolle bei der Akademisierung. Im Übergangsbereich zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung wird herauszufinden sein, wie verbunden und kooperativ beide Ausbildungsgänge auf neue und noch nicht vorhergesehene Weise ineinander aufgehen könnten.

Mit der vorliegenden Studie wollen die Autoren zu einer konstruktiven Diskussion über die Weiterentwicklung des nachschulischen Bildungssystems beitragen. Bleibt zu hoffen, dass ihnen das gelingt. ■



Anna Haßdenteufel

Aussonderung statt Inklusion

Die Beschlüsse von CDU-Landtagsfraktion und Landesvorstand der CDU Saar

Unter dem Titel „Starke Bildung für ein starkes Land“ veröffentlichten CDU-Landtagsfraktion und Landesvorstand der CDU Saar vor Kurzem ein Positionspapier, das im Kern die Zementierung hierarchisch gegliederter Schulstrukturen vorsieht und der Beschulung in Sondereinrichtungen das Wort redet. Somit offenbart das Papier den christdemokratischen Plan, die erst in Ansätzen realisierte schulische Inklusion im Saarland einzuschränken.

Das bildungspolitische Schriftstück betont zunächst die „Wahrung des Schulfriedens“ als Grundlage für bestmögliche Bildungsbedingungen. Dass im Saarland ein Schulfrieden existiere, widerspricht vielerorts der Realität, wie sie von den Akteuren im Bildungssystem wahrgenommen wird. Die in jüngster Zeit publizierten sogenannten Brandbriefe sind nur die Spitze des Eisbergs und belegen die hohen Belastungen, denen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte an einigen saarländischen Schulstandorten ausgesetzt sind.

Die Grundschulen, die grundsätzlich alle Kinder in ihrem Einzugsbereich aufnehmen und diesen eine gute Bildung vermitteln sollen, stehen angesichts personeller Engpässe vor großen Herausforderungen, besonders an Standorten, die sozial stark belastet sind. Ähnliches gilt für die Gemeinschaftsschulen. Weil die Gymnasien diese sozialstrukturell bedingten Probleme nicht oder kaum zu bewältigen haben, entspricht die in dem Positionspapier behauptete Gleichwertigkeit des in der saarländischen Verfassung festgeschriebenen Zwei-Säulen-Systems aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen keineswegs der Realität. Im Gegenteil führt das Parallelsystem von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen zur strukturellen Benachteiligung der Gemeinschaftsschulen, die von den Jugendlichen aus privilegierten Herkunftsfamilien eher selten besucht werden.

Für die in Betracht gezogene Rückkehr zu G9 sprechen keine sozialwissenschaftlichen Befunde; diese Kehrtwende verursacht Kosten in Millionenhöhe und bedeutet in der Tat wieder eine Strukturdebatte, die doch in den einleitenden Sätzen des CDU-Papiers kategorisch abgelehnt wird. Die im weiterführenden allgemeinbildenden Schulwesen vorhandenen und auszubauenden Ressourcen sollten vielmehr verstärkt den Gemeinschaftsschulen zu Gute kommen, die ja eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung nach neun

Schulbesuchsjahren an ihrer Schulform anbieten. Darüber hinaus ist eine sozialindexorientierte Ressourcenzuweisung sowohl für Grund- als auch für Gemeinschaftsschulen dringend erforderlich.

Das Positionspapier setzt auf die Unterstützung der Gemeinschaftsschulen durch das „Kollegium der Zukunft“ sowie das „neue Kompetenzzentrum Inklusion“. Beide wohlklingenden Gremien sollen „durch den Einsatz von Psychologen, Sozialarbeitern, Ergotherapeuten und IT-Fachpersonal“ die Schulen entlasten. Bei der vorgeschlagenen bunten Mischung von Berufsgruppen sollte aus GEW-Sicht im Sinne der Inklusion darauf geachtet werden, dass die in diese Gremien berufenen Personen über hohe pädagogische Feldkompetenz verfügen, d. h. konkret mit dem Alltag von schulischen Bildungseinrichtungen vertraut sind. Biologistische und medizinische Modelle, die manche pädagogikfremde Psychologen, Kinder- und Jugendpsychiater zur Deutung von Schulleistungs- und Verhaltensproblemen heranziehen, verleiten zur Umschulung in die vermeintlich „optimalen Förderorte“, als welche die Förderschulen dann gerne ausgegeben werden. Dass die Förderschulen trotz des hohen Ressourcenaufwandes in der Regel eben nicht diese optimalen Lernorte sind, kann durch viele empirische Studien gut belegt werden. So zeigt die Studie des renommierten Instituts zur Qualitätssicherung im Bildungswesen (IQB) aus dem Jahr 2014, „dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Grundschulen signifikant höhere Kompetenzwerte im Lesen, Zuhören und in Mathematik aufweisen als Förderschulen.“

Das „Kompetenzzentrum Inklusion“ muss daher den klaren Auftrag haben, die bildungsförderliche Beschulung an Regelschulen sicherzustellen, da der Förderschulbesuch eindeutig dem Buchstaben und Geist der UN-Behindertenrechtskonvention widerspricht und Lernen in separierenden Einrichtungen aufgrund der institutionellen Diskriminierungseffekte meist behindert wird.

Die saarländische CDU zeigt in ihrem Positionspapier ein merkwürdiges Verständnis von Inklusion, wenn sie glaubt, auch der Besuch einer Förderschule bedeute im individuellen Fall eine „Umsetzung der Inklusion mit Augenmaß“. Die Einrichtung weiterer Förderschulen wird in Betracht gezogen,

obwohl die Schülerzahlen an Förderschulen seit einigen Jahren massiv zurückgegangen sind. So besuchten im Schuljahr 2010/11 3.691 Schüler_innen eine saarländische Förderschule, im Schuljahr 2016/17 waren es nur noch 3165.

Beabsichtigt sind „Korrekturen“ der Inklusion, sodass „beispielsweise Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer die entsprechenden Schülerinnen und Schüler in einer Kleingruppe unterrichten können“. Damit verabschiedet sich die Christliche Union von der inklusiven Leitidee des gemeinsamen Lernens, das erwiesenermaßen die größten Vorteile für positive Lernentwicklungen hat. Die im CDU-Papier vorgesehene Einrichtung von Sprachförderklassen und „Außenklassen“ für Schülerinnen und Schüler mit sozial-emotionalen „Beeinträchtigungen“ bedeutet eine Separierung in Sondergruppen und ist mit den vielen Nachteilen exkludierender Beschulung verbunden. Zudem stehen dadurch wichtige Ressourcen dem gemeinsamen Lernen in den allgemeinen Schulen nicht zur Verfügung, sodass inklusive Bildungschancen nicht genutzt werden können.

So wie das Parallelsystem von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen zu einem Ressourceneinsatz führt, von dem strukturell die Privilegierten mehr profitieren als die weniger Privilegierten, so führt das Parallelsystem von allgemeinen Schulen und Förderschulen zur Zersplitterung von Ressourcen, was letztendlich allen schadet.

Gegen Ende des Positionspapiers wird wieder das „Kompetenzzentrum Inklusion“ ins Spiel gebracht. Dort sollen „die Bereiche Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und die verschiedenen sonderpädagogischen Fachbereiche vertreten“ sein. Dringend müssten diesem Gremium auch Vertreter der allgemeinen Pädagogik und der Fachdidaktik sowie Repräsentanten der Armutsforschung und der kritischen Sozialwissenschaft angehören, um der Pathologisierung ganzer Schülergruppen und deren Exklusion vom allgemeinen Schulwesen Einhalt zu gebieten.

Die saarländische GEW geht davon aus, dass das SPD-geführte Bildungsministerium den Plänen der CDU eine sozialdemokratisch orientierte Bildungspolitik entgegengesetzt und Maßnahmen realisiert, die zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen. ■

Helmut Stoll

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
print@cod.de www.cod.de



Equal Pay Day - auch ein Thema an Schulen

Die JA13-Kampagne der GEW zeigt Erfolge

Im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen regeln die Besoldungsgesetze und die Tarifverträge (TVöD bzw. TV-L), wer wie viel verdient. Da sollte es gerecht zugehen, meint man. Natürlich gibt es keine offene Diskriminierung von Frauen. Und trotzdem: Viele weiblich dominierte Berufe waren und sind schlechter eingruppiert als traditionell „typisch männliche“ Tätigkeiten – auch die Arbeit an Grundschulen und in einigen Bundesländern außerdem die Arbeit in der Sekundarstufe I. Allerdings ist der öffentliche Dienst auch ein Beispiel, dass die Situation in Branchen mit Tarifbindung – oder auch Besoldungsgesetzen – etwas besser ist. Der Gender Pay Gap, die geschlechtsspezifische Lohnlücke ist hier etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt.



Der Equal Pay Day (EPD) am 18. März 2018 markiert symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Das ist in Deutschland ein Abstand von 21 Prozent oder 77 Tagen. So groß ist der Abstand zwischen A 12 – der üblichen Besoldung von Grundschullehrkräften – und A 13 Z – der Besoldung an Gymnasien und in der Oberstufe nicht. Ziel des Equal Pay Day ist es, die Debatte über die Gründe der Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland in die Öffentlichkeit zu tragen, ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen, zu sensibilisieren und Entscheider zu mobilisieren, damit sich die Lohnschere schließt.

Hier liegt die Schnittmenge mit der GEW-Kampagne JA 13. Es geht um den Wert pädagogischer Arbeit. Kleine Kinder kleines Geld, große Kinder großes Geld – diese Spielregel hat ausgedient. Für die ungleiche Bezahlung nach Schulformen lassen sich keine sachlichen Gründe mehr finden. Schon lange absolvieren alle Lehrkräfte eine gleichwertige und in vielen Bundesländern auch gleichlange wissenschaftliche Ausbildung. Und sie üben bei allen Unterschieden nach dem Alter der Kinder oder den Schulfächern und Schulformen eine gleichwertige Tätigkeit aus.

Die Erfolge geben uns recht: Die tarifpolitische Mobilisierung der GEW Berlin hat dazu geführt, dass dort eine Besoldungsreform angegangen wurde. Das war der Dammbrech. Die kluge Verhandlungsführung der GEW

Brandenburg hat auch dort den Weg für A 13 in der Primarstufe frei gemacht, auch für Lehrkräfte mit DDR-Ausbildung. Nun müssen andere Landesregierungen dazu gebracht werden, dass sie nachziehen.

In der Debatte um Lehrkräftebezahlung spielt auch der Fachkräftemangel eine Rolle. Landesregierungen bewegen sich auch deshalb, um auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt noch konkurrenzfähig zu sein. Schon heute fehlen vor allem an Grundschulen qualifizierte Lehrkräfte. Der wachsende Anteil von Lehrkräften, der nicht für diese Schulform ausgebildet ist, ist besorgniserregend. Die Anzahl von Anwärterinnen und Anwärtern für das Grundschullehramt geht seit Jahren deutlich zurück. Es werden nicht genügend Plätze für Referendarinnen und Referendare angeboten. Für eine Aufwertung des Berufs durch gerechte und bessere Bezahlung ist es daher höchste Zeit. ■



Frauke Gützkow
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, verantwortlich für Frauenpolitik

Einladung zum bundesweiten Treffen lesbischer*queerer Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen, Erzieherinnen

Vom 10.05. – 13.05.2018 (Himmelfahrt) findet das Treffen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Willkommen sind alle lesbischen, queeren Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen, Erzieherinnen aller Hautfarben und jeden Alters, die im schulischen Kontext arbeiten bzw. sich noch in der Ausbildung oder bereits im Ruhestand befinden. Im geschützten Rahmen können wir uns in Workshops und persönlichen Gesprächen über eigene schulische Erfahrungen (auch Ängste, persönliches Coming-out) austauschen, die eigene Lebens- sowie Arbeitssituation reflektieren und Kraft für den stressigen Schulalltag sammeln. Ihr seid eingeladen, euch in entspannter Atmosphäre zu unterschiedlichen (schul-) politischen Themen fortzubilden sowie literarische, musikalische, künstlerische und sportliche Angebote wahrzunehmen.

Anmeldung und weitere Informationen: www.waldschloesschen.org/de/veranstaltungs-details.html?va_nr=8075

www.facebook.com/LesbischeLehrerinnen/
Für Fragen stehen die Organisatorinnen gern über die Kontaktadresse des Waldschlösschens zur Verfügung.

Gefördert von der GEW und dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB.

Abschied von André Dupuis

*24.11.1956 †29.01.2018



Die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe trauert um den Vorsitzenden des Bundesfachgruppenausschusses Sozialpädagogische Berufe. Die GEW hat André viel zu verdanken!

Mit seinem großen Engagement hat er dazu beigetragen, dass sich die GEW weiter zur Bildungsgewerkschaft entwickelt hat und zur gewerkschaftlichen Heimat von zehntausenden sozialpädagogischen Fachkräften geworden ist. Die inklusive Pädagogik war ihm ein besonderes Anliegen! ■

Brigitte Bock

Anders ausbilden - anders arbeiten - anders wirtschaften?

Bundesweite Fortbildung für Lehrer_innen der allgemein- und berufsbildenden Schulen | 02. - 04. Mai 2018

Die Digitalisierung wird zu massiven Veränderungen in der Gesellschaft, in der Arbeit und im Bildungsbereich führen. Für Lehrkräfte stellt sich die Frage, wie sie sich selbst und die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten.

Welche Risiken bergen diese Prozesse in Bezug auf Bildungskonzepte, Arbeitsinhalte, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsformen? Wer wird künftig überhaupt noch gebraucht? Welche Qualifikationen und Kompetenzen werden benötigt? Welche Chancen bieten sich für junge Menschen? Und: Lässt sich auf die Digitalisierung Einfluss nehmen? Wo gibt es Ansätze eines anderen Wirtschaftens? Welche Spielräume gibt es für ein alternatives Arbeiten und Leben? Welche Möglichkeiten bietet hierbei die gewerkschaftliche Interessenvertretung?

Der gemeinsamen Verständigung über die sich verändernden Arbeits- und Lebenswelten sowie eine menschengerechte Arbeits- und Bildungspolitik folgt der Blick in die betriebliche Praxis. In einem Betrieb der Metall- und Elektroindustrie werden die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und deren Veränderung durch die Digitalisierung erkundet und mit Betriebsrat, Jugendvertretung und Geschäftsführung diskutiert. Die Seminarinhalte und die Eindrücke der Betriebsbegehung werden im Hinblick auf den Transfer in den Unterricht reflektiert. ■

ARBEITEN UND LERNEN FÜR DIE DIGITALE ARBEITSWELT

Bundesweite Fortbildung für Lehrer_innen der allgemein- und berufsbildenden Schulen

02. - 04. Mai 2018

Veranstaltungsort:

IG Metall Bildungszentrum Berlin Pichelssee
Am Pichelssee 30, 13595 Berlin

Nähere Informationen über:

GEW Hauptvorstand | Vorstandsbereich Schule
Martina Schmerr | Email: martina.schmerr@gew.de

ehemals IG Metall Vorstand Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik
Bernd Kaßebaum | Email: bernd.kassebaum@igmetall.de

Anmeldung zum Seminar: Alexandra Schließinger,
IG Metall Vorstand, Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik
Tel.: 069/6693-2560 | Email: alexandra.schliessinger@igmetall.de

Kosten:

Seminarkosten werden für Gewerkschaftsmitglieder übernommen.
Die Reisekosten sind selbst zu tragen.

Einladung zum 19. MaiMeeting der GEW

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir laden euch ganz herzlich zum 19. MaiMeeting der GEW ein. Es findet vom 10. bis 13. Mai 2018 (Himmelfahrtswochenende) im Hotel Müggelsee in Berlin statt. Die tolle Bildungsstätte liegt wunderschön in ruhiger Lage direkt am gleichnamigen See im Berliner Stadtteil Köpenick.

Diese Veranstaltung der Bundesebene bietet wieder eine spannende Mischung aus Workshops, abendlichen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie attraktiven Freizeitmöglichkeiten. Sie wird von der Gemeinschaftsaufgabe Gewerkschaftliche Bildungs-

arbeit der GEW (gba) veranstaltet und ist offen für alle Mitglieder sowie deren Partner, Partnerinnen und Kinder. Der Austausch über die Grenzen von Landesverbänden und GEW-Organisationsbereichen hinweg, wird von den Teilnehmer_innen sehr geschätzt.

Folgende sechs Workshops werden angeboten:

- Ehrenamtlich Aktive für GEW Untergliederungen gewinnen.
- Identitäten, Kulturen und Vielfalt – Wie wir das Internet und neue Arbeitsformen für die Prävention gegen Ausgrenzung, Rassismus und Hass nutzen können.

- Das Eigene und das Fremde – gesellschaftliche Herausforderungen für eine gelingende Integration.
- In Bewegung kommen – ein theaterpädagogischer Workshop.
- Diversitätsbewusst und diskriminierungskritisch mit dem Anti-Bias-Ansatz.
- Lebens- und Arbeitszeit. Gesellschaftliche Probleme und (gewerkschafts)politische Perspektiven. ■

Das Anmeldeformular und weitere Informationen findet man unter folgendem Link: www.gew.de/maimeeting.

Umbrüche in der Arbeitswelt - Kommt die Psyche noch hinterher?

GEW-Personalrätekonzferenz

Die GEW Saarland hatte am 06. Februar 2018 im Rahmen ihres Fortbildungsprogramms erneut die schulischen Personalräte in das Bildungszentrum der Arbeitskammer nach Kirkel eingeladen und zahlreiche Personalräte aller Schulformen waren der Einladung gefolgt.



Nach einer kurzen Begrüßung der Teilnehmer_innen und Referent_innen stieg Prof. Dr. med. Dipl.-Ing. Stephan Letzel, Direktor des Instituts für Lehrergesundheit in Mainz, auch gleich mit seinem Vortrag in die Thematik ein. Er verwies zunächst auf die Unterscheidung zwischen Belastungen und Beanspruchungen, sprach die unterschiedlichen Arten von Belastungen an und stellte dabei heraus, dass jede Schule anders ist, angefangen bei den Schulformen über den Zustand der Schulgebäude, ihre Lage, der Zusammensetzung der Schülerschaft und der Kollegien u.a. Folglich bedarf es immer einer Einzelanalyse, sowohl der jeweiligen Schule als auch der Kolleg_innen bezüglich ihrer subjektiven und objektiven Belastungen. Die rechtliche Grundlage hierzu bildet dabei die Gefährdungsbeurteilung, wie sie das Arbeitsschutzgesetz vorsieht (§5 ArbSchG). Ziel einer Gefährdungsbeurteilung ist dabei immer, gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz zu minimieren.

Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, eine Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz durchzuführen – auch an Schulen. Als Arbeitgeber sind hier insbesondere die Schulleiter_innen in der Pflicht. Jedoch merkte Prof. Letzel an, dass man gerade im öffentlichen Bereich sehr zurückhaltend im Umgang mit diesem Instru-

ment ist. Vielleicht um Kosten zu vermeiden? Aber ganz gleich wie die finanzielle Lage aussieht, der Arbeitgeber ist gesetzlich dazu verpflichtet, gesundheitsrelevante Gefährdungen zu beseitigen. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass das Instrument der Gefährdungsbeurteilung nicht allen bekannt ist. Also muss die Gefährdungsbeurteilung Teil des Schulleiter_innenmanagements und somit auch fester Bestandteil der Schulleiter_innenfortbildung werden. Hilfreich ist es auch, sich an die Unfallkassen zu wenden, denn in den meisten Fällen sind bei gesundheitlichen Gefährdungen auch die Schüler_innen betroffen. Kann der Arbeitgeber eine Gefährdungsbeurteilung nicht selbst durchführen, kann er auch Dritte mit der Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung beauftragen. Durch die Änderung des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) muss seit dem 01.01.2018 bei Schwangerschaft einer Kollegin bzw. einer Schülerin neben einer allgemeinen Gefährdungsbeurteilung zukünftig auch eine individuelle Gefährdungsbeurteilung durchgeführt werden.

Im Anschluss an seinen Vortrag stellte sich Prof. Letzel den Fragen der Personalrät_innen. Dabei unterstrich er, dass alle Beteiligten an einen Tisch müssen, um zeitnah vernünftige Lösungen zu finden für eine gesunde Schule. Denn nur eine gesunde Schule kann gesunde Arbeitsbedingungen schaffen. Die Frage nach dem geeigneten Instrument für eine Gefährdungsbeurteilung leitete danach auch gleich zum zweiten Vortrag der Schulung über Annette Wagner vom Kompetenzzentrum „Gesunde Schule“ und der Beratungsstelle Pädagogischer Tag -Schulentwicklungsberatung für Schulen aller Schularten am Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) konnte aus ihrer langjährigen Erfahrung berichten, dass punktuell durchgeführte Gesundheitstage im Rahmen von Pädagogischen Tagen in der Vergangenheit den Schulen bzw. den Kollegien nicht nachhaltig geholfen haben. Tatsächlich nachhaltig wirksam und hochindividuell dagegen ist das Programm „Denkanstöße!“, das von Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt entwickelt wurde, bei dem Annette Wagner ihre Ausbildung zur Moderatorin gemacht hat. An diesem Programm kann man sowohl als Einzelperson als auch als gesamtes Kollegium im Rahmen der Gesundheitsprävention teilnehmen. Kosten entstehen den

Teilnehmer_innen dabei nicht. Anhand der Ergebnisse entscheidet dann das Kollegium, ob und was vor Ort getan wird, eventuell auch im Rahmen eines Pädagogischen Tages.

Abschließend stellte Siegfried Zimmermann noch kurz die Ombudsstelle für das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) vor, die er neben seiner Tätigkeit als gemeinsamer Sprecher der Hauptvertrauenspersonen der Schwerbehinderten im Bereich Schulen leitet. Hierzu hat er eine Infobroschüre zusammengestellt, die er ebenso an die Personalräte verteilte wie die Broschüre „Schwerbehindertenvertretung Bereich Schulen informiert“ und eine Handreichung zur Dienstvereinbarung BEM.

Fazit: Als Einstieg in die Thematik war dies eine rundum gelungene Veranstaltung. Um vertiefend auf das Thema (psychische) Belastungen im Schulalltag und was dagegen getan werden kann einzugehen, wäre ein ganztägige Veranstaltung besser gewesen. Wir werden das im Fortbildungsprogramm für allgemeinbildende und berufliche Schulen im kommenden Schuljahr berücksichtigen. Positiv blieb bei den Personalräten sicherlich hängen, dass viele Kollegien sich bereits erfolgreich auf den Weg der Gesundheitsförderung an ihren Schulen gemacht haben dank des Programmes „Denkanstöße!“. Und, dass die Situation an Schulen nicht so schlecht ist, wie sie in den Medien derzeit dargestellt wird, wie Prof. Dr. med. Dipl.-Ing. Stephan Letzel in seinem Vortrag hervorhob. ■



Traudel Job

Foto: Traudel Job

Unberechenbar

Warum das Leben zu komplex ist, um es perfekt zu planen

Vince Ebert (*1968) ist Diplom-Physiker (Schwerpunkt: experimentelle Festkörperphysik und Astronomie), Wissenschaftskabarettist, Moderator und Autor; zuvor war er Unternehmensberater und strategischer Planer bei einer Werbeagentur. Mit Komik, Witz und Humor versucht er wissenschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln.

Vince Eberts neues Buch handelt von der Komplexität des Lebens und der Unmöglichkeit seiner perfekten Planung. Im Gegensatz zu unserer zeitgeistigen, planungsversessenen Gesellschaft mit ihren Controll-Freaks, Selbstoptimierern, Wellness-Gurus oder Gesundheits-Aposteln ist Vince Ebert der Auffassung, dass auf der Welt alles eher zufällig abläuft; das Leben sei – so seine These eine Aneinanderreihung unkalkulierbarer Momente und es gelte, diese Augenblicke zu entdecken: „Unser Leben besteht aus einer Aneinanderreihung von Zufällen. Und weil wir tagtäglich Tausende Dinge erleben, ist es unwahrscheinlich, dass nichts Unwahrscheinliches passiert [...] Der Zufall unterliegt nicht einem höheren Schicksal, sondern purer Statistik. Und sollte es tatsächlich einen Gott geben, ist er vermutlich der größte Zocker“ (S. 24).

Ebert hat eine große Abneigung gegen jede Art von Ratgeber- oder Selbsthilfeleratur, da man selten jemandem einen guten Rat geben könne. Sein Band beschäftigt sich mit den folgenden Fragen: „Wie hoch ist der Einfluss des Zufalls? Welche Aspekte unseres Lebens können wir beeinflussen? Und welche nicht? Wo ist Planung sinnvoll, und in welchen Situationen geraten wir durch übermäßige Organisation womöglich in eine Sackgasse?“ (S. 9/10).

Nach einem Prolog (Zufall oder Fügung?) folgen vier Kapitel und ein Fazit mit Anhang (Zeitstrahl, Danksagung und verwendete Quellen). Der Text ist mit vielen grafischen Elementen und Zeichnungen ansprechend aufgelockert und sinnvoll strukturiert. Der Humor und Witz, mit dem Vince Ebert seine vier großen Themen (Privatleben, Arbeitswelt, Wissenschaft und Zukunft) garniert, mag manchmal etwas in den grenzwertigen Bereich kippen, lässt sich aber insgesamt auch beim Lesen gut ertragen. Ebert bemüht sich erfolgreich, scharfsinnig, humorvoll und anschaulich, vor allem naturwissenschaftliche Erkenntnisse über die Komplexität des Lebens zu erklären; er rechnet schonungs- und tabulos mit dem zeitgeistigen Mythos der perfek-

ten Planbarkeit, Überregulierung und Optimierung des Lebens ab. Anhand vieler Beispiele kann er anschaulich das Wechselspiel von Planung und Zufall illustrieren.

So sei die Geschichte der Menschheit eine merkwürdige Aneinanderreihung von Zufälligkeiten, unabsehbaren glücklichen Zusammenstößen und vor allem eine von Fehlern nach dem Serendipity-Prinzip, wie z.B. bei der Erfindung des Klettverschlusses, von Viagra, des Herzschrittmachers, der Entdeckung Amerikas oder der kosmischen Hintergrundstrahlung. Offenbar ist der Zufall viel regelmäßiger, als allgemein angenommen wird: „Wenn wir aufgefordert werden, den Zufall zu simulieren, scheitern wir. Anscheinend ist der echte Zufall viel regelmäßiger als der ausgedachte. In vielen Fällen unterschätzen wir tatsächlich, wie geordnet der Zufall daher kommt [...] Es ist also ein fataler Irrtum anzunehmen, dass der Zufall ein Wirrwarr ohne Struktur ist. Im Gegenteil. Auch er gehorcht Gesetzen“ (S. 22/23).

Es sei nicht leicht, Unberechenbarkeiten auszuhalten, es werde aber umso schwerer je mehr man sie ignoriert oder glaubt sie durch Erfolgstricks austricksen zu können. Erfolg sei nicht planbar – so Ebert – und es gebe keine Erfolgs-Tools; dies stehe im Gegensatz zu den Prämissen der Erfolgs-Gurus, die ein komplexes mit einem komplizierten System verwechselten: „Ein Flugzeug zu fliegen [...] ist kompliziert [...] doch man kann es mit dem richtigen Knowhow präzise steuern. Menschen jedoch sind komplex. Und komplexe Systeme verhalten sich ziemlich unberechenbar. Ob mit oder ohne Knowhow“ (S. 105).

So liege auch der Grund für die Beliebtheit des Fußballspiels in der Welt in seiner Unberechenbarkeit, in seinen immensen Unsicherheitsfaktoren, wo Genialität und Scheitern dicht beieinanderlägen: „Das Prinzip der Unberechenbarkeit macht unser Leben spannend, reizvoll und lebenswert. Es lässt uns zittern, und bangen, lässt uns zweifeln und hoffen. Gerade weil die Zukunft ungewiss ist, beschert sie uns die aufregendsten und schönsten Momente [...] Selbstverständlich ist es sinnvoll, sich anzustrengen, zu planen, kreativ und offen für Neues zu sein – aber all das ist doch keine Garantie für Erfolg“ (S. 294).

Aber haben wir eine Chance, was können wir tun? Bei der Auswertung des berühmten



Marshmallow-Experiments von Walter Mischel und dessen Nachbereitung in den Jahrzehnten danach kamen Sozialpsychologen zu folgenden Vorschlägen: „Je geduldiger wir unsere Impulse unter Kontrolle halten können, je mehr Selbstdisziplin wir an den Tag legen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir ein erfolgreiches, zufriedenes und gesundes Leben führen. Ob man diese Fähigkeit erlernen kann, darüber streitet die Wissenschaft allerdings noch“ (S. 79/80).

Vince Ebert präsentiert am Ende seines Bandes keine treffenden Rezepte für Erfolg, Glück und Zufriedenheit, sondern stellt acht essentielle Lebensereignisse vor: Mut, Timing, Leidenschaft, Ausdauer, Bescheidenheit, Widerstandsfähigkeit, Ehrlichkeit und Dankbarkeit. Vince Ebert hat mit oben genannter Einschränkung ein wunderbares Buch geschrieben: tiefgründig, anregend, frech-charmant. ■

Klaus Ludwig Helf

Vince Ebert: Unberechenbar. Warum das Leben zu komplex ist, um es perfekt zu planen. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, 2016, 320 Seiten ISBN: 978-3-499-63112-2 Preis: 16,99 Euro

Übergänge vom allgemeinbildenden ins berufsbildende System

Themenschwerpunkt in H. 4/2017 der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“ | Hrsg. von der GEW



Heft 4/2017 der Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ widmet sich den Übergängen Schule – Beruf bzw. – Hochschule und den mit ihnen individuell verbundenen Herausforderungen.

Martin Baethge und Maria Richter (Göttingen) plädieren für die Weiterentwicklung des zersplitterten Übergangssektors zu einem eigenständigen Teil des Bildungssystems, dem „Bildungsraum Übergang“. Birgit Reißig und Frank Tillmann (Halle) untersuchen Auswirkungen des Gefälles zwischen Stadt und Land auf berufliche Ausbildungsmöglichkeiten und fordern ein Kommunales Bildungsmanagement. Sina-Mareen Köhler, Bettina Zapf (Aachen), Daniel Goldmann (Tübingen) und Sabine Bunert (Hannover) fragen nach Motiven zum Besuch des Berufskollegs. Heike Spangenberg, Heiko Quast und Barbara Franke (Hannover) analysieren, wes-

halb Studienberechtigte sich für eine Ausbildung, ein Studium oder beides nacheinander entscheiden. Horst Weishaupt (Frankfurt a.M.) diskutiert das schwierige Passungsverhältnis zwischen den Leistungen des allgemeinbildenden Schulsystems und den Anforderungen des beruflichen Systems. Ulrike Schedding-Kleis und Yvonne Lieber (Wiesbaden) zeigen den Nutzen von Daten der amtlichen Schulstatistik für den Nachvollzug der Bildungswege Jugendlicher. ■

Sylvia Schütze

Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de.

Kurz empfohlen...

Unterrichtsbesuche nachbesprechen

Dieser Expertenband für Fachleiter_innen, Seminar- und schulische Ausbilder_innen liefert konkrete Hilfen und Materialien sowie praktische Anleitungen zum sofortigen Einsatz. Neben formalen und strukturellen Grundlagen der Nachbesprechung sowie unterschiedlichen Konzepten und Modellen finden sich Hinweise zur professionellen Unterrichtsbeobachtung und der Unterrichtsbeobachtung als Ausbildungselement. Verschiedene Kopiervorlagen runden den Band ab. ■

(red.)

Arno Brabender & Michael Wittschier:
Unterrichtsbesuche nachbesprechen: strukturiert beraten, transparent beurteilen
Cornelsen Verlag 2016, 96 Seiten
ISBN: 978-3-589-15071-7
Preis: 12,99 Euro

Spiele zum Deutsch lernen in der Kita

Ob Bewegungsspiele, Fangspiele, Kreisspiele oder Brettspiele, Lottos, Dominos oder auch Bewegungslieder: Mit diesen 66 unkomplizierten Ideen finden kleine Deutsch-Einsteiger

schnell einen Zugang zur fremden Sprache. Die Angebote zum Aufschlagen und Sofort-Loslegen lassen sich leicht in den Kita-Alltag integrieren. Sie sind speziell für 3- bis 6-Jährige konzipiert, die Deutsch als Zweitsprache lernen. Schwerpunkt ist dabei der Wortschatz. Neben verständlichen Anleitungen und Angaben zu Material, Gruppengröße, Dauer und möglichen Spielvarianten erhalten Sie alle nötigen Kopiervorlagen und Bildvorlagen. Ob in der Arbeit mit Flüchtlingen oder Kindern mit Migrationshintergrund, in der Kita oder im Ehrenamt, in Vorkursen, Sprachlerngruppen oder zur Förderung der Kinder mit Deutsch als Zweitsprache im Gruppenverband. ■

(red.)

Nina Wilkening: 66 tolle Spiele zum Deutschlernen in der Kita
Verlag an der Ruhr, 96 Seiten
ISBN: 978-3-8346-3603-4
Preis: 14,99 Euro

Bild und Text im Unterricht – Produktiv mit Bild-Text-Symbiosen umgehen

Texte und Bilder gehen in den Medien und in der Schule Symbiosen ein, die in unter-

richtspraktischer Hinsicht deutlich besser thematisiert werden sollten, als das lange Zeit geschehen ist. Der Praxisband beschreibt, was beim „Lesen“ von Bildern geschieht und was sich beim Lesen von Texten an Vorstellungsbildung im Kopf des Lesers abspielt.

Wie Texte und Bilder 'sprechen' – also ihre je eigene kommunikative Leistung – wird ebenso dargestellt wie die Text- und Bilderlektüre als die je eigene kognitive und emotionale Herausforderung. Dabei wird das Angewiesensein der Bilder auf Sprache und der Texte auf Bilder betont. In unterrichtspraktischem Interesse werden verschiedene Möglichkeiten entwickelt, wie Bild und Text aufeinandertreffen können. Ein umfangreiches Kapitel mit Unterrichtsbeispielen, die Rezeption und Produktion abdecken, konkretisiert den Umgang mit Text-Bild-Symbiosen einerseits im Deutsch-, v.a. im Lese- und Literaturunterricht, andererseits im Kunstunterricht. ■

(red.)

Ulf Abraham & Hubert Sowa: Bild und Text im Unterricht
Klett Kallmeyer, ca. 200 Seiten
ISBN: 978-3-7800-4845-5
Preis: 29,95 Euro



// **FACHTAGUNG** //



30. Berufsbildungstag „**Perspektiven der Beruflichen Bildung**“

12. April 2017, von 09.00 - 17.00 Uhr

Bildungszentrum der Arbeitskammer | Am Tannenwald 1, 66459 Kirkel

Alle weiteren Informationen zu Workshops,
Tagungsablauf und Tagungsstätte erhalten Sie
als Flyer zeitnah vor der Veranstaltung oder
unter <http://www.gew.saarland>.

Vorankündigung

Anmeldung nur online unter www.lpm.uni-sb.de, LPM-Nr.: B1.201-0378

In Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) und der Arbeitskammer des Saarlandes

